

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

3.2015
www.libmag.de
2,90 EURO

SCHWERPUNKT: RUSSLAND

NEMZOW-MORD: K.O. FÜR DIE OPPOSITION?

ZHANNA NEMZOWA: DIE TOCHTER DES ERMORDETEN
RUSSISCHEN POLITIKERS IM INTERVIEW

JAN FLEISCHHAUER:

WIESO NICHTS ÜBER EINE ORDENTLICHE
BELEIDIGUNG GEHT

KARL-HEINZ PAQUÉ:

WARUM TTIP UNVERZICHTBAR IST

WOLFGANG GERHARDT:

WESHALB BILDUNG SOZIALE
SICHERHEIT SCHAFFT





WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR
FREIE, BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert,
Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek,
Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt,
Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und
Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit
spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



**Jetzt kostenfrei
abonnieren**

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen





„WANN IMMER WIR VON
EUROPA AUS AUF EINE
BESSERUNG DER SITUATION
HOFFEN, ZIEHT PUTIN
DIE DAUMENSCHRAUBEN
FÜR DIE OPPOSITION
EINE RUNDE ENGER ZU.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Blickt man von Europa aus auf die Ukraine, wird ein interessantes Paradox deutlich: Je mehr Chaos Putins Außenpolitik verursacht, desto enger wird die Uniform der innerhalb Russlands tolerierten Meinungen. Ausgerechnet die Sehnsucht nach Stabilität und Berechenbarkeit nach den als chaotisch empfundenen 1990er-Jahren treibt die Russen in seine Arme. Und wann immer wir von Europa aus auf eine Besserung der Situation hoffen, zieht Putin die Daumenschrauben für die Opposition eine Runde enger zu. Alexej Nawalnys Fortschrittspartei wurde nur zehn Tage nach der Gründung eines oppositionellen Wahlbündnisses verboten. Die Hintermänner des Mordes an Boris Nemzow werden vermutlich nie ermittelt werden. **Der Kreml und die Staatsmedien haben aber unzweifelhaft die Atmosphäre geschaffen, in der politische Morde geschehen.**

Es gibt sogenannte Russlandverstehler, die die klassisch falsche Position des „Alles verstehen heißt alles verzeihen“ verkörpern. Deutsche Geschäftsleute, schreibt Timothy Garton Ash, scheinen dafür besonders anfällig zu sein. Der profunde Kenner der Länder Ostmitteleuropas und Oxford-Professor fügt hinzu, dass wir die Hoffnung auf ein anderes Russland nicht aufgeben sollten: „Wir müssen

uns unser Vertrauen in diejenigen Russen bewahren, die an seinem Erscheinen arbeiten.“ Und die gibt es. Eine Stimme von vielen mutigen Menschen ist die von Zhanna Nemzowa, Tochter des ermordeten Boris Nemzow. Wir präsentieren sie in diesem Magazin.

Während Russland mal eben die territoriale Integrität europäischer Staaten zur Disposition stellt, **bewirtschaftet die deutsche Angstindustrie um Bio-Lobby und NGOs wie Attac mit ihren Kampagnen gegen das Freihandelsabkommen TTIP ganz ordinären Antiamerikanismus.** Karl-Heinz Paqué erklärt die Details des Abkommens (S. 30), während Günter Ederer nach einer Salmonellenvergiftung sein Recht auf die faktenfern verteufelten Chlorhühnchen einfordert (S. 34). Das vielerorts geforderte generelle Verbot genveränderter Pflanzen beurteilt er als nahezu verbrecherisch. Sich derart gegen die Mehrheitsmeinung zu stellen, ist ein Luxus, den *liberal* ihm gerne erlaubt - denn um seine physische Unversehrtheit muss er hierzulande nicht fürchten.

In unseren Zitaten zur Freiheit (S. 54) stellt Jan Fleischhauer dazu fest: „Das Schlimmste, was einem im aufgeklärten Teil Europas passieren kann, ist ein Beleidigungsprozess vor dem Landgericht. Nur in Russland sind sie gerade wieder auf dem Weg in die andere Richtung.“ ●



Zu unserer Ausgabe 2.2015 haben uns besonders viele Zuschriften erreicht. Dies lag vor allem am bewusst provokant gestalteten Titel „Unter der Last des Alters“. Erst mit der Lektüre des Schwerpunkts wurde klar, dass auf unserem Balkon keineswegs die heutigen Rentner, sondern jene der Zukunft stehen. Hier eine Auswahl.

J. Falkenhagen, Celle

M. Deichmann

H. Rohwedder

T. Tostmann

L. Roye, Hünfeld

W. Falk

M. Baldschus



Hiermit rege ich nicht nur für diese Heftfolge, sondern auch für die anderen liberalen Veröffentlichungen an, in all diese Hefte in etwa folgenden Hinweis für die Leser zu setzen: „Liebe Leser, liebe Abonnenten, wenn Sie dieses Heft ausgelesen haben, dann **werfen Sie es bitte nicht in den Papiermüll**. Denn Sie können vieles für die Verbreitung liberalen Gedankengutes tun, wenn Sie unser Heft weiterreichen. Dazu gibt es viele Möglichkeiten: Nehmen Sie es zum Beispiel mit in die Arztpraxis und hinterlassen es im Wartezimmer, lassen Sie es im Zug liegen, wenn Sie Bahn fahren, oder reichen Sie es in Freundes- und Bekanntenkreisen weiter. Damit werden Sie zum Multiplikator unserer Ideen. Danke.“

W. Urbancik



DANKE für das wirklich hervorragende Heft *liberal*. Die Ausgabe 2.2015 war die erste, die ich von Ihren „Debatten zur Freiheit“ gelesen habe. Machen Sie weiter so, es braucht unbedingt Medien, die sich trauen, auch **gegen den Mainstream** zu argumentieren.

R. Fassnacht, Berlin



Bisher war ich der Meinung, die größten Hetzer in Deutschland wären die von der NPD und so ...; Ihr Blättchen belehrt mich eines Besseren. **Hetze Jung gegen Alt, Rentner gegen Arbeitnehmer, Berufstätige gegen Arbeitslose usw. ist viel weiter verbreitet** und gesellschaftsfähiger als das bisschen Hetze der NPD.

B. Weber



Auf Ihrem Bild wecken Sie den Eindruck, die Rentnergeneration sei ein Haufen von Abzockern und Parasiten, und die armen Jungen die Ausgebeuteten. Dieses Bild verschweigt, dass es nicht die Alten sind, die auf Kosten der Jungen leben, sondern der Staat höchstselbst. Die Alten haben auch in die Rentenkassen einbezahlt, und nicht zu wenig. Dass sie heute nicht von ihren eigenen Einzahlungen leben können, sondern den Jungen auf der Tasche liegen müssen, hat **der Staat zu verantworten**.

M. Vollmer, Mannheim



Sie berichten **leider nur die halbe Wahrheit**. Ist es nicht auch so, dass auch gewaltige Pensionslasten uns schier erdrücken? Warum stellen Sie nicht auch infrage, ob es anständig ist, dass Pensionen im Schnitt dreimal so hoch wie Renten sind ?

W. Stockburger



Nichts gegen das Heft 2.2015, und manches, was gesagt wird, **musste auch mal gesagt werden**. Dennoch - ich bin seit 1994 verbeamtet, musste schwören ... aber „pacta sunt servanda“ gilt wohl nur für die Arbeitnehmer. Pensions- und Rentenanprüche werden nach Kassenlage genauso wie die Krankheitskosten gekürzt.

V. Richter, Ketzin



Gut, dass sich *liberal* mit dem Zukunftsthema Alterssicherung befasst und Vorschläge macht. Eines kommt aber nicht zur Sprache, zumindest nicht deutlich genug: Die Rentenversicherung kann nur dann stabil gehalten werden, wenn die Zahl der Rentenempfänger in einem ausgeglichenen Verhältnis zur Zahl der Rentenzahler steht. Es gilt also, zwei Beiträge zu leisten: den Geldbeitrag und den Babybeitrag. Wie heute gegensteuern? Nur mit unpopulären Maßnahmen: Renten nicht anpassen, zu ergänzender Eigenvorsorge ermutigen, und – das Schwierigste von allem – den Bürgern endlich die Wahrheit sagen: **Nachhaltigkeit ist nur durch eine ausreichend nachwachsende Generation zu erreichen**.

G. Babel

3

EDITORIAL

4

START

Leserzuschriften zu
liberal 2.2015

6

INHALT/IMPRESSUM

20

FUNDSTÜCK

20

WUTPROBE
Seelenverkäufer

21

AUTOREN DER FREIHEIT
Christoph Lövenich

28

ZENTRALMOTIV
Wassersparwahn



38

MIERSCHS MYTHEN
Auch Konservative sind
Kollektivist

25

BÜCHER

54

ZITATE DER FREIHEIT
Jan Fleischhauer

 **APP-VERSION**

liberal ist auch als iPad-
und Androidversion
erhältlich und enthält
multimediales
Zusatzmaterial:

 Bildergalerie  Link
 Leseprobe  Video



SCHWERPUNKT

Russland nach dem Nemzow-Mord

Endlose Prozesse gegen Oppositionelle, die Annexion der Krim, russische Soldaten in der Ukraine und der Mord am Oppositionellen Boris Nemzow - mehr und mehr erinnert das Russland Wladimir Putins an die Sowjetunion. Dass der Präsident die Freiheit mit Füßen tritt, stößt bei vielen Deutschen auf Desinteresse, vielfach wird Sympathie für den „starken Mann im Kreml“ laut. Eine Trendwende zu mehr Demokratie und Freiheit scheint in Russland nach dem Nemzow-Mord ferner denn je.

8

„ER SAH SICH ALS FREIER BÜRGER“

Als Tochter des ermordeten russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow zählt Zhanna Nemzowa zu den gewichtigsten Kritikern des Kreml. Mit *liberal* sprach sie über russische Propaganda, westliche Sanktionen und das politische Erbe ihres Vaters.

VON JULIUS VON FREYTAG-
LORINGHOVEN



13

ERSCHWIEGENER FRIEDEN

Die Angst geht um - auch in der russisch-ukrainischen Gemeinde in Berlin. Mit der gemeinsamen heimatlichen Verbundenheit im Exil ist es so gut wie vorbei. Putins Politik spaltet auch 1.600 Kilometer westlich von Moskau.

VON TIL BIERMANN

16

HOFFNUNGSTRÄGER

Russland driftet immer weiter in Richtung Autokratie. Noch aber existiert eine Opposition. Sie arbeitet unter schwierigen Bedingungen - und sie ist überwiegend liberal geprägt. VON JULIUS VON FREYTAG-LORINGHOVEN



- 22 **PUBLIZISTISCHE VOLKSFRONT** Bei der „Linken Medienakademie“ vernetzen sich Medien und Initiativen für die gemeinsame Sache. Der Preis: Abschied von journalistischer Unabhängigkeit.
VON GIDEON BÖSS

- 26 **DENKEN, FÜHLEN, HANDELN**
Nach Häme und der Wahlkatastrophe 2013 ist die FDP wieder da - mit einem Aufwärtstrend bei zwei Landtagswahlen. Der Regisseur des neuen Parteauftritts analysiert das Rezept der neuen „Freien Demokraten“.
VON MARCO BUSCHMANN



- 30 **MEILENSTEIN**
Das Freihandelsabkommen TTIP muss kommen. Der transatlantische Wirtschaftsraum sollte zum offenen Club werden. **VON KARL-HEINZ PAQUÉ**
- 34 **ICH WILL CHLORHÜHNCHEN ESSEN** Die Argumente der TTIP-Gegner gegen das Handelsabkommen sind zahlreich. Und vor allem völlig irrational.
VON GÜNTER EDERER
- 36 **DEFINITIONSSACHE**
Die Armutsdebatte ist vertrackt. Nicht zuletzt, weil jeder etwas anderes unter Armut versteht. Ein Blick auf die unterschiedlichen Indikatoren.



- 40 **DAS DOMREP-DILEMMA**
Fernreisen mit politischem Gewissen führen leicht ins moralische Dilemma - was nicht sein muss. **VON BORIS EICHLER**
- 44 **GEFAHR IN HOHEN DOSEN**
Extremsportler riskieren für das Marketing von Red Bull ihr Leben. Dürfen die das?
VON FRANK BURGER
- 48 **TOP OF THE POPS** Londons Bürgermeister Boris Johnson könnte einmal Englands Premierminister werden. Ein Porträt des Enfant terrible.
VON HANSJÖRG MÜLLER
- 52 **BILDUNG OHNE ERNSTFALL**
Eine demokratische Gesellschaft muss Auswahl und Pflege der Begabungen zu ihren Anliegen machen. **VON WOLFGANG GERHARDT**

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahressheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Til Biemann, Gideon Böss, Frank Burger, Marco Buschmann, Günter Ederer, Boris Eichler, Jan Fleischhauer, Julius von Freytag-Loringhoven, Wolfgang Gerhardt, David Harnasch, Christoph Lövenich, Michael Miersch, Hansjörg Müller, Karl-Heinz Paqué

Gesamtherstellung:
corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:
Thorsten Giersch, Holger Löwe, Wilfried Lülldorf

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Tatjana Fedorova (Titelfoto)

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigen:
Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,

tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Leitung), Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, christine.wiechert@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
73730 Esslingen, Zeppelinstraße 116

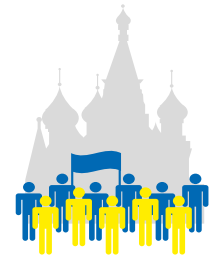
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
Alles dazu auf Seite 2

„Er sah sich immer als freier Bürger“



Als Tochter des ermordeten russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow zählt **Zhanna Nemzowa** zu den sichtbarsten Kritikern des Kremls und seiner repressiven Politik. Am 27. Mai wird die Wirtschaftsjournalistin im Andenken an ihren Vater eine „Rede zur Freiheit“ in Berlin halten. Vorab sprach sie mit *liberal* über russische Propaganda, westliche Sanktionen und das politische Erbe ihres Vaters. // DAS INTERVIEW FÜHRTE **JULIUS VON FREYTAG-LORINGHOVEN**



Ermordeter Wortführer der russischen Opposition: Boris Nemzow am 12. Juni 2011 bei der Anti-Putin-Kundgebung „March of Millions“ aus Anlass des russischen Nationalfeiertags.

VON FREYTAG-LORINGHOVEN: Vielen Dank, dass Sie sich vor Ihrer großen Rede in Berlin Zeit für *liberal* nehmen.

NEMZOWA: Ich bin ja auch liberal, auch wenn das im Moment nicht sehr populär ist in Russland (lacht).

Es ist vermutlich nie einfach, für individuelle Freiheit zu kämpfen. Im Mai werden Sie in Berlin im Andenken an Ihren Vater über Freiheit reden. Wenn Sie an die schwierige Lage in Russland denken, wollen Sie überhaupt wieder zurückkehren?

Aber natürlich! Es geht mir, trotz all der heutigen Not, wie meinem Vater: Ich will in meiner Heimat bleiben. Ich liebe Russland und meine Landsleute. Ich bin nur kein Freund des momentanen Regimes.

Sie sagen, dass der russische Präsident für den Mord an Ihrem Vater politisch verantwortlich ist. Was meinen Sie damit?

Wenn ein Politiker, ein bekennender Kritiker Putins, auf offener Straße umgebracht wird, liegt die politische Verantwortung selbstverständlich bei eben diesem Präsidenten.

Gibt es neue Erkenntnisse die konkreten Ermittlungsergebnisse betreffend?

Jüngst wurde mir der rechtliche Status eines „Opfers“ zugesprochen. Damit verbunden ist der Zugang zu einigen nicht öffentlich zugängli-

chen Informationen. Dafür musste ich eine Vertraulichkeitsvereinbarung unterschreiben. Unabhängig davon bin ich nicht sehr zuversichtlich, dass der Mordfall vollkommen aufgeklärt wird. Über die genauen Umstände der Mordnacht hinaus wäre es mir viel wichtiger zu erfahren, wer den Mord in Auftrag gegeben und wer ihn organisiert hat.

In Moskau spricht man zurzeit viel über die aggressive Stimmung gegenüber dem Westen und auch gegenüber der Opposition. Sie sagen, dass sich die Atmosphäre erst in jüngerer Zeit derart aufgeheizt hat. Was hat sich in Ihrer eigenen Familie geändert, seit Putin wieder Präsident geworden ist?

Zuvor konnte mein Vater sich problemlos mit alten Freunden sowie prominenten Geschäftsleuten und sogar mit Entscheidungsträgern aus der Politik treffen. Während der Präsidentschaft von Medwedew war die Atmosphäre offener. Die Dinge begannen sich seit den Protesten 2011 und 2012 drastisch zu verändern, als so viele Demonstranten eingesperrt wurden. Mit den vielen Einschränkungen individueller Freiheiten begann die Angst um sich zu greifen. Oppositionsführer wie mein Vater spürten den wachsenden Druck noch stärker.

Halten Sie trotz des anhaltenden Drucks weiterhin Kontakt zu den Bekannten Ihres Vaters?

Natürlich spreche ich mit vielen Freunden meines Vaters. Aber genauso mit denen, die in den letzten Jahren kaum Kontakt mit meinem Vater hatten. Es gibt auch Geschäftsleute, die den Kontakt mit meinem Vater gehalten haben - trotz seiner vermeintlich „gefährlichen Politik“. Unter ihnen war beispielsweise der bekannte Unternehmer Rostislaw Ordowsky-Tanaewsky. Er kam auch im vergangenen Jahr zum 55. Geburtstag meines Vaters, und er half mir, die Gedenkfeier 40 Tage nach seinem Tod zu organisieren, deren Ausrichtung zu meiner Verantwortung als ältester Tochter gehörte. »



LIVESTREAM

27. Mai 2015

www.freiheit.org/redezurfreiheit

ZUR PERSON

ZHANNA NEMZOWA: Als Boris Nemzow 1997 stellvertretender Ministerpräsident wurde, war seine Tochter Zhanna Nemzowa 13 Jahre alt. Der Umzug von Gorki nach Moskau brachte es mit sich, in einem politisierten Umfeld aufzuwachsen. Nach ihrem Schulabschluss 2001 studierte Nemzowa in den USA und in Moskau bis zu ihrem Abschluss am Institut für Internationale Beziehungen in der russischen Hauptstadt. Seit vielen Jahren arbeitet Zhanna Nemzowa als Fernsehjournalistin beim russischen Wirtschaftssender RBK.

Als Ihr Vater noch als ein aufsteigender Stern der russischen Politik galt, war das vermutlich noch ganz anders. Als er im Jahr 1991 Gouverneur von Nischni-Nowgorod wurde, war er einer der jüngsten Gouverneure Russlands ...

... er war damals 32, also etwa so alt, wie ich heute bin. Ich erinnere mich gut daran, wie ich in seiner Zeit als Gouverneur das erste Mal mit ihm nach Deutschland kam. Nach Essen, das später die Partnerstadt von Nischni-Nowgorod werden sollte. Leider muss ich zugeben, dass mein erster Eindruck von Deutschland nicht besonders gut war ... (lacht)

Weshalb?

Weil ich noch recht klein war, erinnere ich mich nur daran, dass ich im Haus eines guten Bekannten meines Vaters in Deutschland gewohnt habe. Sie waren sehr nett, hatten ein schönes Haus und auch eigene Kinder. Aber irgendwie blieb mein Haupteindruck, dass ich dort nicht genug zu essen bekam (lacht). Nicht, dass meine Gastgeber nicht gastfreundlich gewesen wären, aber es war mein subjektiver Eindruck als kleines Kind.

Das soll Ihnen bei Ihrem Besuch im Mai nicht wieder passieren. Wie sehr hat sich die Arbeit Ihres Vaters auf Ihr Leben ausgewirkt, als Sie älter wurden?

Seine Zeit in der Regierung hat mich damals ehrlich gesagt belastet. Er war extrem beschäftigt und hatte wenig Zeit für mich, da hätte ich gerne mehr „Vater-Zeit“ gehabt. Die unglaubliche mediale Aufmerksamkeit für meine Familie war mir unangenehm. Ich fühlte mich nicht besonders frei und wollte lieber ein ganz normales Leben führen. Als mein Vater nach den erfolgreichen Wahlen 1999 in die Duma gewählt wurde, fühlte ich mich schon freier. Das gesamte vergangene Jahrzehnt war er Oppositionsführer und wurde sehr heftig kritisiert, was für ihn nicht einfach war. Ich versuchte, ihn nun bei seinen Bemühungen zu unterstützen. Persönlich wusste ich, dass diejenigen, die in all diesen Jahren - trotz seiner unverblühten Kritik an Putin - zu meinem Vater hielten, echte Freunde waren und sich nicht durch mich Vorteile verschaffen wollten.

Seine starken Werte und die Unverblümtheit seiner Kritik an der Korruption unter Putin und am Krieg in der Ukraine waren von vielen gefürchtet ...

Man kann nicht sagen, dass mein Vater ein leichtes Leben als Oppositionsführer hatte. Er stand unter extrem hohem Druck. Letztlich aber hat jedes autoritäre System Angst vor Andersdenkenden und noch mehr vor öffentlich geäußelter Kritik. Mein Vater wurde niemals in Talkshows des russischen Staatsfernsehens eingeladen, obwohl man dort ununterbrochen über ihn sprach. Immer wenn in einer Doku-

mentation die Opposition der 90er-Jahre verunglimpft wurde, wurden auch neue aggressive Lügen über meinen Vater verbreitet.

In den vergangenen zehn Jahren wurden in Russland einige Politiker und kritische Journalisten umgebracht. Hatten Sie nie Angst, dass es auch Ihren Vater treffen könnte?

Wir haben darüber gesprochen. Aber mein Vater war kein ängstlicher Mensch. Er hatte als Oppositionsführer niemals Bodyguards. Er ist immer als freier Bürger frei durch die Stadt gegangen. Auch ich hatte so einen Mord nicht für möglich gehalten.

Nach dem Mord hat sich das Denken vieler unserer gemeinsamen Freunde verändert. Mussten Sie bereits Ihre Lebensweise anpassen?

Ich führe ein normales Leben und habe auch keine Bodyguards. Sie wissen, wie ich hergekommen bin: Ich fahre weiter Metro wie jeder andere normale Moskau. So weit fürchte ich nicht um mein Leben. Aber die Dinge können sich schnell verändern, umso mehr ich als Politikerin wahrgenommen werde ...

Sind Sie denn noch keine Politikerin - in den Fußstapfen Ihres Vaters?

Nein, ich denke nicht. Ich bin Journalistin und keine Politikerin.

Bislang kennt man Sie in Russland als Wirtschaftsjournalistin aus dem Fernsehen. Aber seit dem Mord an Ihrem Vater haben Sie eine Menge über Politik geredet ...

Sie haben recht. Seither hat sich tatsächlich einiges verändert. Viele Menschen nennen mich

in diesen Tagen eine „mutige Frau“. Wenn wir in einem normalen zivilisierten Land lebten, könnte ich all diese Dinge sagen, ohne dass mich irgendjemand als „mutig“ feiern müsste ...

... aber Sie sind doch eine mutige Frau ...

Es ist mir egal, wie man es nennt: Ich mache nur, was auch mein Vater getan hat. Ich spreche aus, was ich denke. Ich bin bislang nicht direkt bedroht worden, aber die Dinge ändern sich hier wie gesagt schnell. Leider deutet vieles darauf hin, dass die kommenden Veränderungen nicht zum Guten sein werden.

Sie teilen also die traurigen Prognosen vieler unserer liberalen Partner. Was hat sich seit dem Mord an Ihrem Vater in Zivilgesellschaft und Opposition bereits geändert?

Der Mord hat bei einigen Panik ausgelöst, viele Menschen haben in den vergangenen Monaten das Land verlassen. Die Dinge begannen sich zu wenden mit dem sich verschlimmernden Krieg in der Ukraine. Ich sehe, dass die Menschen zurückhaltender werden, gegen den

Er hatte als Oppositionsführer niemals Bodyguards. Er ist immer als freier Bürger frei durch die Stadt gegangen. Auch ich hatte so einen Mord nicht für möglich gehalten.





Viele Menschen nennen mich in diesen Tagen eine ‚mutige Frau‘. Wenn wir in einem **normalen zivilisierten Land** lebten, könnte ich all diese Dinge sagen, ohne dass mich irgendjemand als ‚mutig‘ feiern müsste ...

Missbrauch von offizieller Seite Widerstand zu leisten. Viele Menschen wollen einfach nicht gestört werden. Beim großen Trauermarsch mit Zehntausenden Teilnehmern, genauso wie bei der Trauerfeier im Sacharow-Zentrum und auch bei der Beerdigung meines Vaters, fühlte ich hingegen einen engen Zusammenhalt zwischen sehr vielen Menschen.

Ein großer Teil der russischen Bevölkerung denkt aber anders. Haben Sie auch Freunde, die den momentanen Kurs des Kremls unterstützen?

Ja. Viele meiner Freunde bekommen Angst, wenn ich über den Mord rede oder das Regime für das anklage, was zurzeit in Russland passiert. Ich bin mir sicher, dass sie nicht alles unterstützen, was der Kreml tut. Aber sie sind verängstigt. Sie haben Angst davor, über Dinge zu reden, die politisch sein könnten. Angst, dass Politik ihre Karriere bedrohen könnte. Deswegen vermeide ich, mit ihnen über Politik zu reden.

Glauben Sie, dass die Propaganda im staatlichen Fernsehen darauf abzielt, ein solches Klima zu schüren? Schalten Sie russisches Staatsfernsehen wie den Ersten Kanal überhaupt noch ein?

Ich versuche, wie die meisten meiner Freunde, es zu meiden. Aber einige Storys muss ich verfolgen, die andauernde Propaganda macht das kaum erträglich. Ein wesentliches Ziel der Opposition ist es, diese Propaganda zu bekämpfen und die Lügen der staatlichen Sender offenzulegen. Persönlich lese ich jeden Tag [die russischen Wirtschaftszeitungen] *Vedomosti* und *RBK-Daily*, die *Financial Times* und das *Wall Street Journal* sowie manchmal investigative Artikel in *Nowaja*

Gazeta und *Komersant*. Für meine Arbeit muss ich vor allem über wirtschaftliche Entwicklungen genau informiert sein.

Da wir gerade bei Ihrer Arbeit sind: Wie frei können Sie als Journalistin noch arbeiten?

Im Moment noch sehr frei. Dazu muss ich aber sagen, dass ich mich hauptsächlich mit makroökonomischen Fragen beschäftige. Natürlich sind diese Fragen oft mit Politik verbunden, aber am Ende geht es immer um die wirtschaftlichen Folgen von Politik. Aber auch hier sind Veränderungen wahrnehmbar. Dieses Jahr gab der Generaldirektor der Medien-Gruppe, für die ich arbeite, zu, dass er schon eine ganze Weile wichtige Themen mit dem Pressestab des Kremls bespricht. Er sagte, dass es Sinn mache, Meinungen auszutauschen. Aber die Chance, dass ein Meinungs Austausch zu Zensur oder Selbstzensur führt, ist gegeben. So etwas ist definitiv nicht gut für die Unabhängigkeit der Medien ...

Sie sagen, dass *Vedomosti* beispielsweise weiter frei und kritisch berichtet, genauso wie die *Nowaja Gazeta* oder *RBK-Daily*. Warum ist deren Einfluss in der Bevölkerung so gering?

Die meisten Menschen - und das stimmt vermutlich auf der ganzen Welt - sind recht faul. Sie könnten alle Fakten im Internet überprüfen oder in den kritischen Zeitungen, die Sie gerade erwähnten und die weiter ziemlich frei berichten. Aber es ist eben viel leichter, Fertiginformationen aus dem Fernsehen zu konsumieren, was der Großteil der Bevölkerung bevorzugt. Zudem erzählt man ihnen im Fernsehen, dass sie die Klügsten, Stärksten und Tollsten sind, dass Russland wiedererstarkt und eine der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt ist (lacht). Wer will so etwas nicht lieber hören als die Realität?

Wo steht denn die russische Wirtschaft in der Realität?

Die Wirtschaft erlebt gerade einen tiefen Konjunkturrückgang, teilweise hausgemacht. Der wichtigste Faktor der Krise ist die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Erdöl. Jetzt, wo die Preise niedrig sind, leidet die gesamte Wirtschaft. Für den zweitwichtigsten Faktor halte ich inzwischen schon die Sanktionen, die die Wirtschaft auch wegen lang ausgebliebener Reformen sehr hart treffen. Das Investitionsklima in Russland ist komplett implodiert. Auch die momentane Stabilisierung des Rubels kann das Gesamtklima nicht ändern.

Wie groß ist denn der Einfluss der Sanktionen?

Sie haben eine ausgesprochen starke Wirkung. Gerade die Sanktionen im Finanzsektor, sowohl aus den USA wie von der EU, treffen die Wirtschaft sehr hart. Negativ ist an ihnen, dass sie auch das Leben der normalen Menschen verschlechtern.

Glauben Sie, dass das auch den Präsidenten Popularität kostet?

Nein, nicht wirklich. Die meisten Leute denken, dass der Westen hauptverantwortlich für die wirtschaftliche Schräglage sei. Ich glaube nicht, dass diese breit angelegten Wirtschaftssanktionen politisch sehr effektiv sind, denn sie verändern nicht die Einstellung der Menschen. Dank der staatlichen Propaganda steht das Volk vereint hinter dem Kreml.

Aber hat der Westen denn eine Alternative? Sollte der Westen die Sanktionen gegen Russlands Politik in der Ukraine einfach aussetzen?

Ich glaube, dass er die Wirtschaftssanktionen nicht verstärken sollte. Ich halte individuelle Sanktionen gegen Entscheidungsträger für besser und effektiver. Die können dann so tun, als wären ihnen die Einschränkungen egal, aber die meisten würden gerne weiter ihren Urlaub in Südfrankreich und Österreich verbringen. Meiner Meinung nach sollte die Liste der mit Reisesperren sanktionierten Einzelpersonen um die Leiter der Fernsehanstalten erweitert werden. Man kann nicht allein Dmitri Kisseljow sanktionieren und die verantwortlichen Direktoren seines Kanals außen vor lassen.

Ist es richtig, dass die staatlichen Fernsehsender stärker zu Institutionen von Propaganda und Zensur geworden sind, als dass sie einer professionellen Berichterstattung nachkommen?

Das stimmt. Und mittlerweile beschränkt sich die Zensur nicht aufs Fernsehen, sondern wirkt auf allen Ebenen. Vor Kurzem gab es einen Skandal in Nowosibirsk über eine „Tannhäuser“-Inszenierung in der dortigen Oper. Die orthodoxe Kirche beschwerte sich über einzelne Details der Aufführung. Daraufhin wurde das Stück zensiert und abgeändert. Am Ende verlor der Direktor der Oper darüber sein Amt.

Glauben Sie, dass der konservative Trend und die Zensur auch ohne Putin Bestand hätten?

Ich glaube vor allem, dass es keinerlei Anzeichen gibt, dass Putin gehen will. Nach den letzten Umfragen des unabhängigen Lewada-Zentrums liegt die Zustimmung für den Präsidenten bei über 80

Prozent. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung befürwortet die aggressive Außenpolitik und schenkt der Wirtschaft weniger Beachtung. Putin hat ein System geschaffen, in dem alles allein von ihm abhängt. Es ist deshalb schwer vorauszusagen, wie die Menschen auf ein Russland ohne ihn reagieren würden.

Was halten Sie von der Initiative deutscher Liberaler, normalen Russen visafreies Reisen nach Deutschland zu ermöglichen?

Ich halte das für eine sehr gute Idee. Bürger sollten nicht für ihre Regierenden bestraft werden. Auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, dass Russland noch immer ein armes Land ist. Die Mittelschicht aus den größeren Städten reist zwar bereits in die EU. Die finanziellen Möglichkeiten sind aber nach wie vor ein viel limitierenderer Faktor als Visa. Visafreiheit hätte also vor allem einen wichtigen symbolischen Effekt. Dass das Bild des Westens in Russland dadurch tiefgreifend verändert werden könnte, glaube ich jedoch nicht.

Wie viel Hoffnung haben Sie, dass sich wieder alles zum Guten wendet?

Meine kurzfristigen Prognosen sind düster, aber es lohnt sich, weiter Zeit und Energie in dieses Land zu investieren. Als Journalistin will ich einfach präzise und faktenbasiert berichten. Vielleicht kann ich damit meinen kleinen Beitrag leisten.

Wird es dabei auch um die russische Beteiligung am Krieg im Osten der Ukraine gehen?

Mein Vater hat unmittelbar vor seinem Tod an diesem Bericht gearbeitet. Er ist ein Teil des Erbes meines Vaters, den zu vollenden ich für wichtig halte. Voraussichtlich soll der Bericht vor meiner Rede zur Freiheit veröffentlicht werden. Man kann sagen, dass seine Unterstützer diese Arbeit meines Vaters vollendet haben. ●

Die russische (Außen-)Politik verstehen



Massive mediale Propaganda und ein ideologischer Unterbau stellen einweilen sicher, dass die Herrschaft Putins unangetastet bleibt. Michael Roick macht die Linien dieser Entwicklungen deutlich. Er zeigt, dass die russische Politik nur sehr begrenzt von westlichen Akteuren beeinflussbar ist, und diskutiert, welchen irreführenden Argumentationsmustern auch Teile der deutschen Debatte folgen.

Hier als E-Book oder PDF kostenlos herunterladen:

<http://bit.ly/1pbAuCp>

Mehr Informationen zur
Rede zur Freiheit erhalten Sie hier:
<http://bit.ly/1box2wd>





Russisches Leben in Berlin: Exilanten aus allen ehemaligen Sowjetrepubliken bevölkern die Bundeshauptstadt. Über Putin und die Ukraine reden sie nicht gern.

Erschwiegener Frieden



Wladimir Putin macht nicht nur Ukrainern Angst, deren Land er überfallen hat. Auch russischstämmige Berliner fürchten Russland – besonders nach dem Mord am Kreml-Kritiker Boris Nemzow mitten in Moskau. Untereinander aber meiden die beiden Gruppen Diskussionen um den Konflikt. // TEXT // **TIL BIERMANN**

Rund 300.000 Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion sollen in der deutschen Hauptstadt leben. Ein Treffpunkt vieler Ex-Sowjets ist das russische Restaurant „Grüne Lampe“ in Wilmersdorf. Hier gibt es eingelegten Fisch, Borschtsch, Blinis. Ein traditioneller Samowar steht in der Mitte des Raums, Porträts des russischen Nationaldichters Puschkin und Bilder von St. Petersburg zieren die Wände. Dass Wladimir Putin hinter dem Mord an Nemzow steckt, davon geht die Chefin des Restaurants aus. Julia Gutsch kümmert sich im Alltag um die deftige Küche und ihre Gäste. Aber daneben macht sich die studierte, russischstämmige Kunsthistorikerin viele Gedanken darüber, was in ihrer Heimat passiert: „Das war ein Vorzeigemord, um zu zeigen, was mit Oppositionellen passiert. Ein Statement von Putin, daran besteht kein Zweifel.“

Tatsächlich waren alle relevanten Überwachungskameras zum Tatzeitpunkt am 28.

Februar auf der Großen Moskwabrücke ausgeschaltet. „Reparaturarbeiten“, hieß es vom Kreml. So sah keine Kamera von Nahem, was Nemzows Freundin miterleben musste: Wie ein Wagen von hinten heranfuhr, ein Killer ausstieg und dem Politiker vier Kugeln in Rücken und Hinterkopf jagte. In Sichtweite des Kreml, eine Exekution wie in einem billigen Thriller.

Ich idealisiere die Ukraine nicht. Aber es gibt keinen hinreichenden Grund, in dieses fremde Land einzumarschieren.

Julia Gutsch



Gutsch ist seit 25 Jahren in Deutschland, stammt aus Leningrad, das heute St. Petersburg heißt. Der Reihe folgend müsste es bald Putingrad heißen. „Manche sagen, die Amerikaner oder die Ukrainer stecken dahinter. Daran sieht man: Leider sind die Russen sehr propagandaauffällig“, sagt sie und hat Angst vor einem dritten Weltkrieg, der „nicht weit weg“ sei – die Ukraine ist ja gerade mal 800 Kilometer entfernt. Dann sagt die 51-Jährige: „Ich idealisiere die Ukraine nicht. Aber es gibt keinen hinreichenden Grund, in dieses fremde Land einzumarschieren. Solange der Westen zu mild ist, wird der Konflikt nicht enden.“ Was heißt das im Konkreten? „Das russische

»



Sehen Putins Handeln kritisch:
Julia Gutsch und ihr Sohn Anatol.

System ist krank. Man muss etwas Radikales machen, was genau, weiß ich nicht.“

Trotzig stellt sie eine Flasche Krim-Sekt auf einen Restauranttisch. Der Sekt wurde vor dem März 2014 gekeltert. „Den werden wir in Zukunft nicht mehr kaufen.“ Russland hat die völkerrechtswidrig annektierte Krim ja schon als urrussisch eingemeindet, auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin warb der russische Stand in einem Prospekt mit der „wunderschönen Halbinsel Russlands“ als eine der Attraktionen.

Was sagt Gutsch zu dem Tschetschenen, der einige Tage nach dem Mord als angeblicher Täter vor die Kameras geschleift wurde? Ein Saur Dadajew, der Folterspuren aufgewiesen haben soll und mittlerweile sein Geständnis widerrief. „Der Tschetschene? Ich glaube, er wurde dazu ausgewählt zu sagen, dass er es war. Vielleicht hat er auch Geld bekommen. Putin war der Auftraggeber.“

Gutsch spricht sehr ruhig und bestimmt. Ohne Eifer. Mit einer Überzeugung, mit der sie auch sagen würde, dass eins plus eins zwei ist und nicht drei. Sie redet frei und ist sehr froh, in Deutschland zu sein: „Wir haben es doch gut hier. Auch wenn man kaum Geld hat, kann man zu Aldi gehen, ein Huhn kaufen, es kochen und satt werden.“ Sie scheint sich mit Deutschland versöhnt zu haben. Ihre Familie hatte während der deutschen Blockade von Leningrad schwer gehungert. Ihr Sohn Anatol, ein Unternehmensberater mit einem schlaue-

en Lächeln und blitzenden Augen, denkt ähnlich wie seine Mutter: „Russland wird die Ukraine destabilisieren und Ecke für Ecke abbeißen. Das Baltikum ist auch schon nervös, die kaufen Waffen.“ Aber der 28-Jährige, der fünf Sprachen fließend spricht, hegt Hoffnung: „Im Zweifel muss man verstehen, dass Russland noch nie einen Angriffskrieg gewonnen hat. Verteidigungskriege wie gegen Napoleon und glücklicherweise gegen Hitler ja, aber keinen Angriffskrieg.“ Er wünscht sich, dass das so bleibt.

Denis steht vor dem Steglitzer Einkaufszentrum „Das Schloss“. Der Lockenkopf stammt aus dem ukrainischen Charkiw. Die Millionenstadt liegt nicht weit vom illegalen „Föderativen Staat Neurussland“, dem Territorium, das von russischen Soldaten und Separatisten der Ukraine entrissen wurde. „Bei uns ist es noch relativ ruhig, aber es kann bald brennen“, sagt er. Er sei nur zu Besuch in der Stadt. Aber dann muss er los, er hat keine Zeit. Wohin? „Zum Bürgeramt.“ Es scheint, als wolle der Mittzwanziger lieber in Berlin bleiben, als zurückzugehen ins Donezbecken.

Wer sich unter den Russen im alten Westberlin umhört, etwa in den russischen Imbissen und Supermärkten rund um den Stuttgarter Platz, bekommt auch oft abweisende Gesten zu sehen und „kein Kommentar“ zu hören. Im Imbiss „Rossia“ gibt es für 1,50 Euro hervorragende Pirotschki-Teigtaschen und schwarzen Tee mit Zitrone. Auf einem Monitor an der Wand laufen schnulzige russische Schlagersendungen, buntes Staatsfernsehen. Viele winken ab, werden sie nach Nemzow gefragt. Aber der Chef des Ladens, Ahmed, ein grobschlächtiger Tschetschene, sagt dann doch etwas. „Manchmal denke ich, es war Amerika, manchmal die Tschetschenen, oder Putin?“ Der 47-Jährige sagt schulterzuckend: „Ich bin seit 15 Jahren in Deutschland und glücklich hier. Ich weiß gar nicht mehr wirklich, was in Russland ist und was nicht.“ Er lächelt freundlich, ebenso der Tatare neben ihm, der nur sagt: „Ich habe Arbeit in Deutschland, das zählt.“

Vielleicht haben sie auch Angst, öffentlich etwas wirklich Schlechtes über Putin zu sagen. Die Reihe jener, die sich gegen Putin stellten und eines frühen Todes starben, ist lang: Anna Politkowskaya etwa, die Journalistin, die 2006 im Treppenhaus ihres Moskauer Wohnhauses erschossen wurde. Sie hatte kritisch über den Tschetschenien-Krieg

mit seinen über 160.000 Opfern berichtet, die von der Weltöffentlichkeit weitgehend schweigend hingenommen wurden. In der Reihe dieser Toten liegt auch Boris Beresowski, ein von Moskau abgefallener Oligarch, der sich 2013 im Londoner Exil erhängte - oder erhängt wurde. Das konnte der Gerichtsmediziner nicht mehr so genau feststellen. Beresowski hatte sich gegen Putin gestellt und vor seinem Tod mehrere Anschläge überlebt.

Der bisher perfideste Mord war wohl der an Alexander Litwinenko, einem früheren Agenten des russischen Inlandsgeheimdiensts FSB. Putins

„Putin hat Eier. Wenn man ihn zu sehr bedrängt, wird er einfach den Gashahn abdrehen.“

Ilja (30)



Häscher hatten ihm radioaktives Polonium in den Tee gemischt, nachdem er schon nach London geflohen war. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit fielen ihm die Haare aus und er siechte dahin. Litwinenko hatte berichtet, der FSB habe 1999 eine Reihe von mörderischen Bombenanschlägen in Russland orchestriert und diese den Tschetschenen in die Schuhe geschoben - um unter diesem Vorwand den Tschetschenien-Krieg zu beginnen. Dass Wladimir Putin nach dem Mord an Nemzow der Mutter sein Beileid bekundete, klingt daher wie ein letzter finsterer Hohn. Nemzow hatte schon 2012 gesagt: „Wenn einer von uns getötet wird, dann war es Putin.“

Über die Schweiger in der russischen Gemeinde hat Julia Gutsch eine dazu passende Theorie entwickelt. „Nicht wenige haben Angst, etwas zu sagen, es ist zu ernst geworden.“ Andere wiederum wollten, so Gutsch, ihre Pro-Putin-Meinung nicht kundtun, da sie in Deutschland leben. „Viele Russen sind für Putin, weil er den Nationalstolz wiedererweckt hat. Russland war in letzter Zeit wie eine Bananenrepublik angesehen worden, die es ja eigentlich auch ist.“ Und da sei die stolze „russische Seele“ der Staatsbürger einer Nation, die „als erste zum Mond geflogen“ ist, nun mal dagegen.

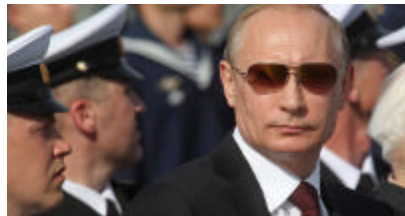
Einer, der in diese Kategorie einzuordnen wäre, ist der Berliner Unternehmensberater Ilja. Er informiert sich vorzugsweise aus russischen Medien, da er sich sicher ist, dass die westlichen lügen. „Putin hat Eier“, sagt der 30-Jährige. „Wenn man ihn zu sehr bedrängt, wird er einfach den Gashahn abdrehen. Was wollen die Deutschen?“ Als die Montags-Mahnwachen mit ihren Verschwörungstheoretikern vor dem Brandenburger Tor 2014 en vogue waren, war Ilja fast immer zugegen.

Gibt es also den großen Konflikt zwischen Russen und Ukrainern en miniature in Berlin? Die Chefin der „Grünen Lampe“ sagt: „Man versucht meistens, nicht darüber zu reden, weil man sich nicht über dieses Thema zerstreiten will.“ Das sei nicht immer leicht. Schließlich gebe es viele Familien, in denen russische und ukrainische Partner zusammengefunden haben, da geht der Bruch durch die Familie. „Die Leute sind sehr vorsichtig.“ So funktioniert es auch mit dem kleinen Frieden in ihrem Lokal, in dem Russen und Ukrainer zusammenarbeiten.

Die Bankerin Katja ist vor 20 Jahren als Aussiedlerin aus Russland nach Deutschland gekommen. Sie hat den Weg ihrer Vorfahren in entgegengesetzter Richtung beschritten, denn die waren einst in den Osten gewandert, um ihre Nachbarn mit deutscher Wurst zu versorgen. Die 32-Jährige lebt ein schönes Westberliner Leben, hat bereits zwei Kinder, zurzeit ist sie hochschwanger. Die Krise in der Ukraine und die Unterdrückung von Oppositionellen in Russland beeinflusst ihr hiesiges Leben nicht. Sie sitzt in einem Café beim Kreuzberger Springer-Hochhaus und ärgert sich über den Charlottenburger Luxus-

„Dass Putin nicht zur Demokratie steht, sagt er offen und ehrlich. Die Russen halten sich nicht an Regeln, sie lassen sich nicht demokratisch führen.“

Rimma (31)



kindergarten. Sie streitet sich mit der ebenfalls russischstämmigen Kindergartenleitung, die sich angeblich Extrazahlungen in die Tasche stecken soll, ohne Leistungen zu erbringen. Sie will klagen, ihr Mann ist Anwalt. Das berührt ihr Leben.

Den Nemzow-Mord hat sie hauptsächlich über Facebook mitbekommen, in den Kommentarspalten - die auch Putin mit seiner vielsprachigen Propaganda-Armee in Zwölf-Stunden-Schichten befüllen lässt. „Viele schreiben, dass der Mord eine Folge des Brainwashings war“, sagt Katja und berichtet über die seit Jahren von den russischen Medien betriebene „Gehirnwäsche“: „Schauspieler, die alle aus der Jugend kennen, sitzen in Talkshows und erzählen, jeder solle für das ‚große Ganze‘ zurückstecken.“ In Sowjet-Manier. Katja glaubt eher nicht, dass Putin den Mord direkt

beauftragt hat. Aber die Stimmung, die er bewusst erzeugt habe, müsse „Irre dazu gebracht haben“, Nemzow zu ermorden.

Unweit von Julia Gutschs Restaurant liegt der Schönheitssalon „Beauvité“. Viele der Kosmetikerinnen und ein Großteil der Kunden dort stammen aus der ehemaligen Sowjetunion. Eine der Angestellten, die vor 30 Jahren aus Moskau nach Deutschland kam, sagt: „Journalisten und Oppositionelle wurden ermordet und kaum ein Mörder gefunden. Nach dem Nemzow-Mord werden viele schweigen, alle haben Angst.“ Sie sieht die russische Bevölkerung in einer schwierigen Lage. „Die Medien arbeiten für die Regierung. Die Menschen werden desinformiert. Putin will den Kalten Krieg wieder aufleben lassen.“

Kosmetikerin Rimma (31) ist seit 2002 in Deutschland, sie ist russischstämmige Ukrainerin von der Krim. „Dass Putin nicht zur Demokratie steht, sagt er offen und ehrlich. Die Russen halten sich nicht an Regeln, sie lassen sich nicht demokratisch führen“, meint sie. Sie berichtet von den unhaltbaren Zuständen in ihrer ukrainischen Heimat, wo normale Angestellte nach einem 75-Prozent-Verlust der Währung noch 50 Euro im Monat verdienen. Sie lässt nicht ganz durchblicken, wie sie zur Annexion der Krim steht, sagt nur: „Die Russen auf der Krim waren fast alle dafür.“ Diese Einschätzung scheint sie aus dem russischen Staatsfernsehen übernommen zu haben.

Dabei ist ihr in Gesprächen mit Kunden ein interessantes Gefälle aufgefallen: „Die Berliner Russen sind zu 70 Prozent gegen Putin. Sie hassen ihn, sagen, er ist ein Aggressor.“ Ganz anders die deutschen Kunden: „Die sind größtenteils für Putin, bewundern ihn geradezu ...“ ●



TIL BIERMANN arbeitet in Berlin als Lokalreporter der B.Z. Als er mit Ex-Sowjets über Wladimir Putin und den Mord an Boris Nemzow sprach, hörte er: Viele Deutsche haben einen Narren an Putin gefressen.
til.biermann@bz.de

„Es gibt viele Liberale in Russland – noch“



Putins Reich driftet in den vergangenen Jahren immer eindeutiger in Richtung Autokratie, die gesamte Macht ist um den Präsidenten und den von ihm dominierten Kreml zentralisiert. Ein Wandel scheint unter den gegebenen Bedingungen fast unvorstellbar. Das ist gefährlich. Noch aber existiert eine Opposition. Sie arbeitet zwar unter zunehmend erschwerten Bedingungen – und sie ist überwiegend liberal geprägt. // TEXT // **JULIUS VON FREYTAG-LORINGHOVEN**

Die Mobilisierung der russischen Staatsmedien im vermeintlichen Krieg gegen den Westen zeigt Wirkung: Laut dem Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum ist die Zustimmung für den russischen Präsidenten im April 2015 auf 86 Prozent nach oben geschossen. Das verwundert nicht angesichts der vom Kreml synchron gesteuerten Botschaften in den dominanten Staatsmedien, fehlender Opposition in der Duma und aufwallender Begeisterung für den Anschluss der Krim. Die tiefe Rezession der russischen Wirtschaft wird von der Bevölkerung vor allem dem Westen und seiner Sanktionspolitik angelastet.

In Moskau ist das anders. An wen man sich auch wendet: junge dynamische IT-Unternehmer, bunt angezogene Hipster auf ihren Longboards im Gorki-Park, Intellektuelle in abgestoßenen Wolljacken oder zeitgenössische Künstler in den vielen kleinen Galerien der Stadt – überall trifft man auf bekennende Liberale. Und man trifft sie in Scharen wieder auf den vielen Treffen zu liberalen Themen, die zurzeit in Moskau stattfinden: gestern auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der Menschenrechtsorganisation Memorial zur Aufarbeitung des Stalinismus, heute bei einem Vortrag über Marktwirtschaft mit der Gaidar-Stiftung und InLiberty.ru, morgen bei einer Podiumsdiskussion über die Reformen der 90er-Jahre bei der Stiftung Liberale Mission in der Moskauer Higher School of Economics.

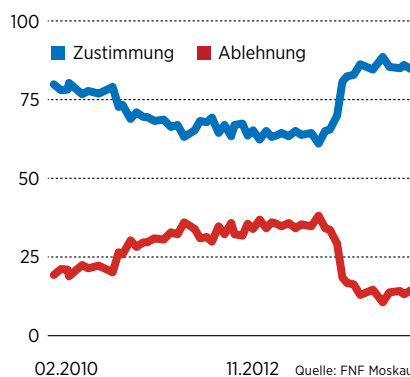
Dennoch: Bei der Masse der Bevölkerung steht der Liberalismus nicht gut da, klare Befürworter eines liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sind laut Lewada kaum zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Liberalismus gilt als Synonym für Sittenverfall (Gay-Pride), das Elend der 90er-Jahre und jetzt eben auch für den vermeintlich feindlichen Westen. Dass Liberalismus niemandem eine bestimmte Form von Sexualität aufdrängen will, dass die Krise in den Neunzigern Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Boom der 2000er-Jahre ein Ergebnis liberaler Reformen war, macht sich kaum jemand klar. Diese Erkenntnisse wurden seitdem auf der Suche nach Schuldigen und Feindbildern heftig verzerrt.

Man kann die politischen Prozesse der Jahre seit dem ersten

Amtsantritt Wladimir Putins anhand eines einfachen Modells des Sozialwissenschaftlers Albert O. Hirschmann Revue passieren lassen. Danach reagieren politisch aktive Bürger auf ein zunehmend autoritäres politisches System mit Unterordnung (Loyalität), Protest, Exil oder Desinteresse, dem Ausstieg aus der Politik. Aus heutiger Sicht war es fatal, dass in den 90er-Jahren gerade die breite Partizipation verschiedener Parteien für viel Konfliktpotenzial sorgte. Liberale wissen Konflikte als Anreiz für Reformen, Wettbewerb und Innovation zu schätzen – viele Russen jedoch sehnten sich nach Stabilität.

Nach seinem ersten Amtsantritt war Wladimir Putin noch auf liberale Oppositionspolitiker wie Boris Nemzow angewiesen, die bis 2003

Zustimmung für Wladimir Putin





seine Reformen häufig unterstützten. Die bis dahin stärkste Oppositionspartei, die Kommunisten unter Gennadi Sjuganow, begann bereits zu dieser Zeit, sich Putin unterzuordnen. Als nächste unterwarfen sich der rechtsradikale Politclown Wladimir Schirinowski und seine LDPR. Nach den Wahlen im Jahr 2003 verfügte Putin bereits über eine absolute Mehrheit in der Duma und bedurfte keinerlei Unterstützung mehr von Unabhängigen und kleineren Fraktionen. Von nun an wurde die Duma systematisch zum Gesetzgebungsinstrument der Exekutive umorganisiert. Die Verstaatlichung des größten russischen Ölkonzerns Yukos und die Verhaftung seines Gründers Michail Chodorkowski folgten im Jahr darauf.

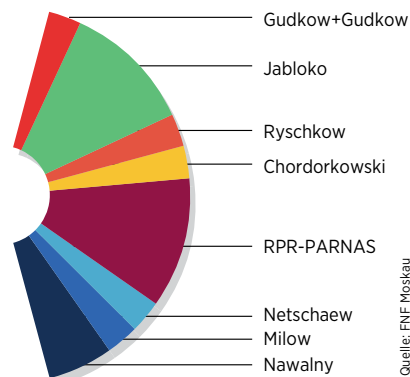
Weder Versuche der Unterordnung noch des Protests konnten den Schwund bei den liberalen Parteien Jabloko und SPS in diesem immer zentraler organisierten System aufhal-

ten. In den folgenden Jahren verließen zahlreiche liberale Politiker ihre Parteien und damit entweder ganz die Politik oder sie schlossen sich Putins Partei Einiges Russland oder ihrem neuen kleinen Bruder

Gerechtes Russland an. Der bekannte Russlandforscher Richard Sakwa von der University of Kent verortete das russische Parteiensystem bereits im Jahr 2007 irgendwo zwischen der ehemaligen Einparteien-Vormacht in Mexiko und der Scheinvielfalt im Parteiensystem der DDR. Administrative Hürden behinderten überdies den Zugang für neue Parteien. Als im Gefolge der Staatsdumawahlen 2011 Bürger der russischen Großstädte zu demonstrieren begannen, staunte man sowohl in Russland als auch im Westen - denn der Grund waren Wahlfälschungen; und die war man eigentlich gewohnt.

Abgesehen von den Verhaftungen von Aktivisten beim Bolotnaja-Prozess im Mai 2012 ließ die Regierung die Demonstrationen leise verklein- »

Geplantes demokratisches Bündnis



Quelle: FNF Moskau

Foto: picture alliance/AP Photo

WHO IS WHO DER LIBERALEN IN RUSSLAND

Liberales, kreamltreue Technokraten



GERMAN (HERMAN) GREF war als Angehöriger der deutschen Minderheit nicht nur Wirtschaftsminister (2000–2007), der Sberbank-Chef gilt auch als möglicher Kandidat für den Premierministerposten.



ELWIRA NABIULLINA war Nachfolgerin Grefs als Wirtschaftsministerin (2007–2012) und leitet seit 2012 die russische Zentralbank. Ende 2014 geriet sie aufgrund des Wechselkursverfalls des Rubels in die Kritik.



NIKITA BELYCH war ein profilierter Oppositionspolitiker der liberalen Partei SPS, bevor ihn Präsident Medwedew 2009 zum Gouverneur von Kirov ernannte, wo er 2014 wiedergewählt wurde.

Verhinderte Reformer



ALEXEJ KUDRIN galt als Finanzminister (2000–2011) als liberaler Technokrat. Seit seinem Abschied kritisiert er die Regierung scharf und fördert mit der Stiftung „Bürgerinitiative“ eine liberale Zivilgesellschaft.



WLADIMIR RYSCHKOW war bis 2014 Kovorsitzender von RPR-PARNAS. Er kommentiert die russische Politik im Radio, in Zeitungen und auf Foren wie dem von der Stiftung für die Freiheit mitorganisierten „Sibirischen Davos“ in seiner Heimat Altai.



ANDREI NETSCHAUEW war der erste russische Wirtschaftsminister (1992–1993). Neben seinem Einsatz für das deutsch-russische Jugendparlament ist er Vorsitzender der liberalen Partei „Bürgerinitiative“.

Harte Opposition



MICHAIL KASSJANOW war Premierminister unter Putin (2000–2004) und ist seit der Yukos-Affäre 2004 ein scharfer Kritiker des Präsidenten. Nach dem Mord an Boris Nemzow ist er der alleinige Vorsitzende von RPR-PARNAS.



SERGEI MITROCHIN war Abgeordneter der russischen Staatsduma (1993–2003) und der Moskauer Stadtduma (2005–2009) und ist Vorsitzender der liberalen Partei Jabloko.



ALEXEJ NAWALNY war Nachwuchspolitiker bei Jabloko, dann bekannter Anti-Korruptionsblogger und Bürgermeisterkandidat in Moskau 2013. Seine Partei Fortschritt ist im Jahr 2015 eine Allianz mit RPR-PARNAS eingegangen.

Die Exilanten



MICHAIL CHODORKOWSKI war nicht nur der bekannteste Häftling Russlands, sondern schon davor als Yukos-Chef und reichster Mann Russlands Gründer der Stiftung Open Russia. Er befürwortet die liberale Opposition.



GARRI KASPAROW ist nicht nur mehrfacher Schachweltmeister, sondern ein bekannter Kritiker Putins. Seit 2013 lebt er aus Furcht vor politischer Verfolgung in Russland im Exil. Seit 2014 ist Kasparow kroatischer Staatsbürger.



VERA KICHANOVA ist keine eindeutige Exilantin, arbeitet aber derzeit in Kiew. Die junge Journalistin ist Bezirksabgeordnete in Moskau und das bekannteste Gesicht der Libertären Partei Russlands.

Innere Emigration

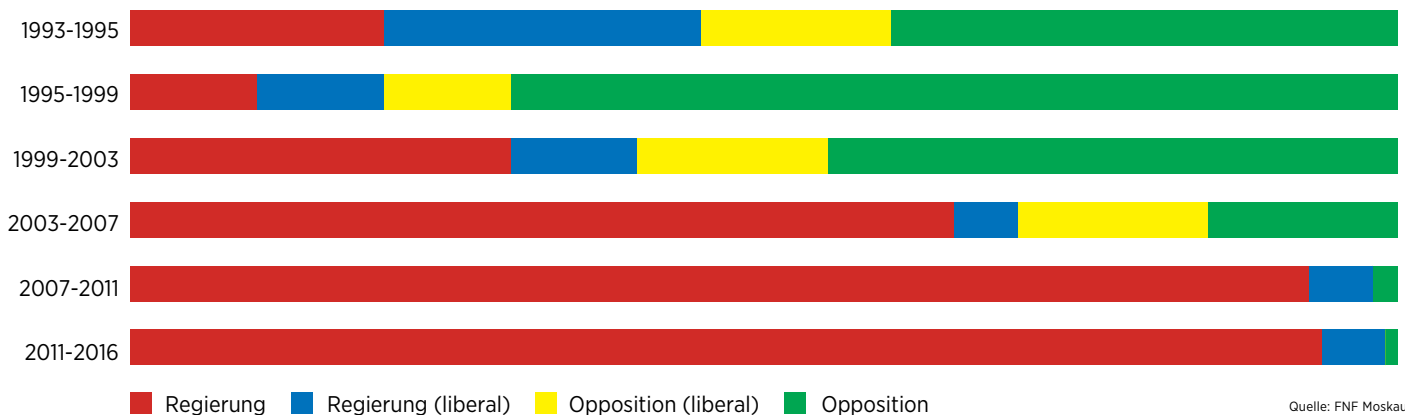


MICHAIL PROCHOROW war als Milliardär und trotz seiner Nähe zur regierenden Elite Hoffnungsträger von Liberalen bei den Präsidentschaftswahlen 2012. Mit dem Rückzug aus seiner Partei „Bürgerplattform“ (2013) hat er die politische Bühne verlassen.



IRINA PROCHOROWA ist eine wichtige Verlegerin und fördert als Leiterin der Stiftung ihres Bruders Kultur in ganz Russland. Dennoch hat sie sich aus der Partei „Bürgerplattform“ zurückgezogen, nachdem sie ihr von 2013 bis 2014 vorsah.

Duma-Zentralisierung



gen. Im Hintergrund jedoch rüstete der Kreml gegen künftige Proteste auf: In den Folgejahren wurde der Straftatbestand des Hochverrats wieder eingeführt, das Demonstrationsrecht eingeschränkt, der einzige unabhängige politische Fernsehsender Doschd TV verlor seine Lizenzen und Finanzierungsmöglichkeiten, und mit dem Gesetz gegen „ausländische Agenten“ versuchte man, jeglichen Zufluss von ausländischem Geld an die russische Opposition zu kappen. Doch erst nach Maidan, Krim-Annexion und dem beginnenden Krieg in der Ukraine begann der Kreml, die neuen Gesetze mit aller Strenge durchzusetzen. Die Fernsehberichte über angebliche ausländische Machenschaften mit Oppositionspolitikern als Vehikel nahmen zu. Der ermordete Boris Nemzow sagte in einem der letzten Interviews vor seinem Tod, es gäbe keine Oppositionellen mehr, nur mehr Dissidenten.

Jene gehen unterschiedlich mit der Lage in Russland um: Es gibt verhinderte Reformer, die eine gute Beziehung zu Putin pflegen, aber unverblümt Systemkritik üben. Zur harten Opposition zählen die organisierten Oppositionspolitiker, die sich nach eigener Auffassung in einem offenen Kampf mit dem Regime befinden. Aus diesem Kreis rekrutieren sich - leider - auch Exilanten, die über Veröffentlichungen weiter die russische Bevölkerung zu erreichen suchen. Eine andere Gruppe hat sich in die „innere Emigration“ zurückgezogen und widmet sich vor allem Projekten, die unterhalb des Radars der Politik stattfinden. Das verbindet sie mit dem Großteil der russischen Bevölkerung, der versucht, sich von der Politik fernzuhalten. Eine Wahlbeteiligung von in vielen Regionen knapp 20 Prozent bei den Regionalwahlen 2014 spricht Bände.

Mit dem Mord an Boris Nemzow jedoch hat sich etwas geändert. Schon im Anschluss an die Trauerfeier fanden sich verhinderte Reformer und harte Oppositionelle verschiedener Gruppen zusammen, um - im Schock vereint - enger zu kooperieren. Michail Kassja-

now und Alexej Nawalny trafen sich im April, um gemeinsam mit den liberalen Parteien Bürgerinitiative und 5. Dezember sowie der liberal-konservativen Partei Demokratische Wahl einen neuen Wahlblock für 2015 unter dem Dach der liberalen Republikanischen Partei - Partei der Bürgerlichen Freiheiten (RPR-PARNAS) - zu schmieden. Ein Beitritt der Sozialdemokraten von Gennadi und Dimitri Gudkow scheint genauso möglich wie der Anschluss der liberalen SPS unter Leonid Gozman. Außen vor bleibt zunächst die Russische Demokratische Partei Jabloko, die sich an der Nähe Nawalnys zu Nationalisten stört, eine Kooperation auf lokaler Ebene ist jedoch zu erwarten.

Gerade bei den kommenden Regionalwahlen im September hat das neue Bündnis Chancen, in ein paar Regionen Mandate zu gewinnen. Allerdings: Nur wenige Tage nach der Gründung des Wahlbündnisses entzog die russische Regierung der Partei Nawalnys die Zulassung - sie habe es versäumt, wie vorgeschrieben binnen sechs Monaten ausreichend Zweigstellen im Land bei den Behörden anzumelden.

Das zeigt: Wie erfolgreich die Opposition insgesamt sein kann, hängt davon ab, inwieweit Putin es zulässt. Dazu müsste er erkennen, dass nur Wettbewerb das Land wieder vorwärtsbringen kann. Setzt der Präsident dagegen - wie in den vergangenen drei Jahren - vorwiegend auf Druck und Gewalt, könnte Boris Nemzows Diktum Wahrheit werden - und Russland tatsächlich zu einem Land ohne Opposition, in dem sich nur ein paar Dissidenten zu Wort melden. Wie einst in der Sowjetunion. ●



JULIUS VON FREYTAG-LORINGHOVEN
ist Leiter des Moskauer Büros der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die
Freiheit.
redaktion@libmag.de



Eigentlich ging nach der Wende vor gut 25 Jahren alles ganz gut los für den Architekten Arnd Kniese aus Bad Laasphe. Eine Familienvilla im thüringischen Eisenach kam zurück in seinen Besitz, später ersteigerte er in der dortigen Innenstadt zwei Häuser, um seniorengerechte Stadtwohnungen zu bauen. Doch das Projekt kam nicht voran, ein Hickhack mit den Behörden folgte. Nach dem Amtsantritt der rot-rot-grünen Landesregierung in Erfurt hatte der Architekt offenbar genug und installierte das ungewöhnliche Bau-schild mit der Aufschrift „Hier entsteht demnächst: NICHTS! Aufgrund der Machtergreifung durch Neo-SED und verwelkte Grüne in Thüringen sind alle Planungen eingestellt worden!“

WUTPROBE

Seelenverkäufer

// TEXT // **DAVID HARNASCH**

// ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**



Der Tod eines Mannes ist eine Tragödie, aber der Tod von Millionen nur eine Statistik.“ Diese oft Stalin als Zitat zugeschriebene Erkenntnis bewahrheitet sich unmittelbar vor den Grenzen Europas dieser Tage erneut. Dass wöchentlich unter anderem Dutzende Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertranken, konnten wir lange ausblenden. Schlagzeilen machten erst 300 Todesopfer vor Lampedusa im Herbst 2013, das Notrettungsprogramm „Mare Nostrum“ war die – falsche – politische Konsequenz. Ebenjenes Programm ermutigte Flüchtlinge und Schlepper, auf Seelenverkäufern Richtung Europa zu starten. Als diese Flüchtlingswelle immer mehr an Dynamik gewann, wurde „Mare Nostrum“ nach einem Jahr gestoppt. Europa hat das perverse Versprechen, möglichst viele der Flüchtlinge zu retten, die skrupellose Menschenhändler ihm buchstäblich vor die Küsten kippen, von einem Tag auf den anderen gekündigt. Was am Vorgehen der Schlepper gar nichts änderte. Es mussten erst erneut Hunderte Menschen in einer einzigen Nacht sterben, um das Thema zurück auf die politische Agenda zu bringen – und damit die offensichtlichen politischen Versäumnisse der jüngeren Vergangenheit. Es gibt überhaupt keine akzeptable Ausrede für das Fehlen eines rechtsstaatlich organisierten Asylantragssystems in den Transitstaaten der Flüchtlinge. Natürlich kann man so eine Infrastruktur nicht inmitten der Bürgerkriege in Syrien, im Jemen oder Libyen aufbauen. Aber nichts spricht dagegen, in der Türkei, im

Libanon und in Jordanien entsprechende Strukturen zu schaffen – und damit auch diese Länder zu unterstützen, die derzeit unvorstellbare Mengen von Flüchtlingen aufnehmen. Geschätzt jeder fünfte Mensch im Libanon ist derzeit ein Flüchtling (und den Libanesen – die pro Kopf etwa 500 Euro Monatseinkommen erzielen – fehlen die besonders in den neuen Bundesländern offensichtlich reichlich vorhandene Tagesfreizeit und Kaltherzigkeit, um gegen Flüchtlingsheime in der Nachbarschaft zu demonstrieren). Auch für den nächsten notwendigen Schritt müssen wir uns ehrlich machen: Wer hier als Flüchtling anerkannt wird, muss sofort die Möglichkeit (und natürlich die Verpflichtung) erhalten, sich und seiner Familie eine Existenz aufzubauen, Deutschkurs und Arbeitserlaubnis inklusive. Nähere Regelungen müssten Teil eines umfänglichen Zuwanderungsgesetzes sein, das Deutschland nicht nur für die Schwachen und Verfolgten, sondern vor allem für die Starken und Gebildeten zum begehrenswerten Einwanderungsziel macht. Apropos: Wo zur Hölle ist das eigentlich abgeblieben? Die *Welt* titelte: „Sind wir bereit, ein anderes Europa hinzunehmen?“ Als stünde das „alte Europa“ zur Wahl. Tut es nicht. Wir kriegen sowieso „ein anderes Europa“. Entweder ein vergreisendes und aussterbendes oder ein internationaleres. Diesen Wandel zu organisieren ist Jahrzehnte überfällig. Es hätten nicht Tausende Menschen elend ersaufen müssen, um uns daran zu erinnern, dass wir endlich unsere Hausaufgaben machen müssen. ●

Ernst sei das Leben – „rauchfrei“ die Kunst

Der Anblick des Rauchens soll verschwinden – von Bildschirm und Leinwand, Bühne und Plakaten. Paternalistische Gesetze und Zensur aus vorausseilendem Gehorsam schränken die Kunstfreiheit ein.

Christoph Lövenich zeigt in diesem Text, wie weit diese Tendenzen fortgeschritten sind. Dafür wählten ihn die Leser von *liberal* auf libmag.de zum „Autor der Freiheit“ im März 2015.



ZUR PERSON

CHRISTOPH LÖVENICH ist Ressortleiter Online bei *NovoArgumente* und wohnt in Bonn. Der hier präsentierte Nachdruck ist stark gekürzt. Die Originalfassung finden Sie bei novo-argumente.com. Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter libmag.de

Wenn es nach dem italienischen Gesundheitsministerium geht, soll in Filmen und Fernsehserien ein Rauchverbot gelten. Vor wenigen Monaten entfernte ein australisches Opernhaus Bizets „Carmen“ aus dem Spielplan, da das Stück Rauchszenen enthält; die Entscheidung erfolgte pünktlich vor Beginn eines mehrjährigen Sponsorings durch eine staatlich finanzierte Gesundheitsagentur.

Versuche, das Tabakrauchen aus der Kunst zu verbannen, sind in den vergangenen Jahren Alltag geworden. Besonders weit treibt man es dabei in Frankreich, wo seit 1991 ein totales Tabakwerbeverbot (Loi Evin) gilt. Werbeplakate für einen Film über den berühmt-berüchtigten Sänger Serge Gainsbourg durften nicht in der Pariser Metro hängen, ähnlich erging es einem Streifen über Coco Chanel. In beiden Fällen waren die zeitlebens bekennenden Raucher mit einer Zigarette abgebildet. Damit für eine Ausstellung über den Regisseur Jacques Tati (bekannt für seine Pfeife rauchende Filmfigur Monsieur Hulot) geworben werden konnte, musste erst per Retusche eine Pfeife in ein Windrad verwandelt werden.

Das Rauchen auf der Theaterbühne ist ein Thema für sich; in Großbritannien darf ein Winston-Churchill-Darsteller keine Zigarre schmauchen. Die Rechtslage in Deutschland mit seinen diversen Rauchverbotsgesetzen lässt den Tabakrauch auf der Bühne nur in einigen Bundesländern zu. „Wenn ein Schauspieler sich auf der Szene genüsslich eine Zigarette anzündet, gibt es Szenenapplaus und Lacher“, berichtet eine Theaterdramaturgin, „was vorher eine Nuance war, ist nun zum riesengroßen Zeichen geworden; auf der Bühne ist erlaubt, was im wirklichen Leben verboten ist.“ Mit Protestschreiben geifernder Frühpensionäre ist jedenfalls zu rechnen.

Für die Massenmedien Leinwand und Bildschirm gilt das erst recht. 2007 scheiterte die damalige Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), mit ihrem Versuch, Fernsehsendern einen Rauchverzicht für ihre Produktionen abzurufen.

Die organisierte Tabakbekämpfung („Tobacco Control“) unterhält ein weltweites Netzwerk, zu dem auch Wissenschaftler gehören, die in ihrem jeweiligen Land beweisen sollen, dass Minderjährige durch die Medien zum Tabakrauchen animiert werden. Für Deutschland übt diese Funktion der Psychologin Reiner Hanewinkel aus, langjährig mit Gleichgesinnten dem Tabakbekämpfungsforum Globalink zugehörig. In seiner vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Studie unterstellt Hanewinkel, dass der Anblick des Rauchens in Filmen junge Leute zum Rauchen motiviere. Ein Großteil der Studienbefunde hat keine Bedeutung für diese Frage und ein direkter kausaler Zusammenhang darf bezweifelt werden. Einige Jugendliche, die sich für eine bestimmte Art von Filmen interessieren, verspüren vielleicht eher eine Neigung zum Ausprobieren des Tabakrauchens, während Gleichaltrige, die noch eher kindlich orientiert sind, andere Filme schauen (die im Schnitt weniger Rauchszenen beinhalten).

Die Erhebung der Tabakbekämpfung zur Staats- und Zivilreligion bringt solche Auswüchse mit sich. Nicht nur Aktivitäten der Obrigkeit, sondern auch private künstlerische Tätigkeit hat sich demgemäß bedingungslos in den Dienst des sanitaristischen Feldzugs zu stellen. Das ist nicht freiheitlich, sondern trägt totalitäre Züge. Hinzu tritt dabei allerdings auch eine allgemeine Tendenz, in vorausseilendem Gehorsam zensorisch auf jedwede Proteste derer zu reagieren, die etwas anstößig finden. Da kann bei einer Theateraufführung dann weißer Rauch, der gar nichts mit Tabak zu tun hat (sondern an Krematorien in NS-Konzentrationslagern erinnert), die Gemüter so erregen, dass ein Stück abgesetzt wird.

Womit wir wieder bei der in Australien vom Spielplan getilgten „Carmen“ wären. Das hat immerhin den Premierminister des Landes gegen die „wild gewordene politische Korrektheit“ eingebracht. „Wir hindern das Theater doch auch nicht daran, Macbeth aufzuführen“, so der Monarchiefan, „weil es für die Tötung von Königen wirbt.“ ●



„Die *taz* ist Teil einer QUERFRONT, Ausrufezeichen.“

DGB, *taz*, *Neues Deutschland*, Deutscher Journalistenverband – sie und noch viele mehr treffen sich Jahr für Jahr zur „Linken Medienakademie“. Wovon das bürgerliche Lager weit entfernt ist, ist dort Realität: ein hoher Grad der Vernetzung. Und der offene Abschied von journalistischer und verbandlicher Unabhängigkeit.

// TEXT // **GIDEON BÖSS** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

**„Wir leben in einer Demokratie, was nun einmal heißt, dass man Kompromisse eingehen muss.“
„Eben nicht! Wir leben in keiner ‚Demokratie‘.
Schon lange nicht mehr! Deswegen mache ich hier auch die Anführungszeichen, wenn ich ‚Demokratie‘ sage.“**

Zwei Hände bilden Anführungszeichen in der Luft. Sie gehören zu einem wütenden Studenten mit langen Haaren, einem grauen Trainingsanzug und dem Wunsch, die Welt zu verbessern. Er widerspricht einer Kommilitonin mit kurzen Haaren und braunem Pullover, die auch die Welt verbessern will. Beide sitzen sie im Hof der Hochschule für Technik und Wirtschaft im Osten Berlins, um mit 15 weiteren Teilnehmern über die Frage zu diskutieren, ob Ökoterrorismus ein legitimes Mittel zur Durchsetzung linker Ziele ist.

„Das stimmt teilweise“, will die Studentin beschwichtigen, erntet aber nur ein genervtes Kopfschütteln, „aber trotzdem müssen wir überlegen, wie wir am besten vorgehen. Da halte ich Militanz für problematisch, wichtiger wäre kreativer Protest.“

„Kreativer Protest?“. Der Langhaarige wirft die Arme verzweifelt nach oben: „Wie lange noch? Das bringt doch nichts.“

Jetzt mischt sich auch ein Rentner ein, der einen Notizblock mit vielen Unterlagen vor sich liegen hat, die jede seiner Aussagen belegen können, wie er betont. Er bekennt: „Unseren Rechtsrahmen erkenne ich nicht mehr an. Er schützt die Ausbeuter und verhindert effektive Aktionen gegen die Zerstörung der Umwelt. Es hilft wohl wirklich nur noch Gewalt.“

Ein paar Stunden später beschimpft in einem Hörsaal ein vollbärtiger Lederjackenträger einen Redakteur der *taz*. Auslöser ist eine Diskussionsrunde über die Unabhängigkeit des Journalismus. Der Kritiker nennt sich „alternativer Medienmacher“ und spricht Ausrufe- und Fragezeichen gleich mit. „Aber dass die *taz* keine linke Zeitung mehr ist, dass sie Mainstream ist, dass sie von Konservativen gelesen wird, das wissen wir doch alle, oder? Fragezeichen. Die *taz* ist Teil einer Querfront, Ausrufezeichen.“

Er fordert danach noch ein Berufsverbot für Klimawandelleugner, bevor er sich selbst mit den Worten



**Das Podium
wollte sich
dann doch
nicht darauf
einigen, dass
Ökoterroris-
mus in jedem
Fall tabu sein
muss.**

„aber solche Wahrheiten will man hier ja nicht hören“ aus der Veranstaltung schmeißt.

Wer die Revolution plant, kann sich nicht immer aussuchen, wer kommt. Und ein bisschen ging es auch um Revolution auf der einwöchigen Medienkonferenz „De-Fragmentierung - Medien kompetent nutzen, gestalten und diskutieren“ der Linken Medienakademie. Vor allem aber war Vernetzung im real existierenden „Spätkapitalismus“, wie die Veranstalter unsere Gesellschaft nennen, das Thema. Knapp 150 Veranstaltungen in sechs Tagen hatten sie auf die Beine gestellt. Von Einführungen in den Lokaljournalismus über das Formulieren von Pressemitteilungen, das Schneiden von Fernseh- und Radiobeiträgen bis hin zur Suche nach passenden Überschriften. Sogar das Schreiben von Drehbüchern konnte gelernt werden, schließlich hat eine sendungsbewusste Bewegung wie die Linke alle Bereiche der Öffentlichkeit im Auge, also auch die Künste.

Natürlich werden für Veranstaltungen in dieser Größenordnung auch Sponsoren und Partner gesucht. In diesem Fall fast zwei Dutzend, zu denen natürlich die üblichen Verdächtigen im Kontext linker Medienarbeit wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das frühere Zentralorgan der SED *Neues Deutschland*, die *taz*, der *Freitag* (Jakob Augstein) oder *Klimaretter.info* gehörten. Was hingegen durchaus erstaunte, war die große Zahl von Förderern, die sich selbst nicht als linke Einrichtungen verstehen und für die Unabhängigkeit normalerweise ein wichtiges Gut darstellt. Bei der Linken Medienakademie handelt es sich schließlich nicht um ideologisch neutrale Medientage, sondern um ein Netzwerktreffen einer bestimmten politischen Richtung, die gerne auch über den Rahmen unserer liberal-demokratischen Rechtsordnung hinausdenkt. So forderten Konferenzteilnehmer unwiderrspochen die Einschränkung der Meinungsfreiheit, das Aussprechen von Berufsverboten und den Einsatz von Gewalt als einzige Möglichkeit, etwas in diesem Land und auf diesem Planeten zu ändern. Alles nicht weiter überraschend für eine Konferenz, die sich nicht nur an Linke, sondern eben auch an Linksextreme wendet.

Warum aber finanzieren Organisationen eine solche Konferenz mit, die aus guten Gründen den Eindruck von ideologischer Voreingenommenheit

»

vermeiden sollten? Der Deutsche Journalisten-Verband hat sich finanziell beteiligt und damit seinen Beitrag zum erklärten Ziel der Akademie geleistet. Um dieses zu formulieren, griffen die Veranstalter auf ein Zitat des Philosophen Zizek zurück: „Wenn die Linke das Funktionalisieren des Kapitalismus wirklich stören soll, muss sie zusammen wirken - ihre Medien allen voran.“ Kräfte bündeln im Kampf gegen das Kapital - und der Journalisten-Verband ist ganz vorne mit dabei. Ob solche ideologischen Aufrufe und der Wunsch nach journalistischer Unabhängigkeit wirklich nebeneinander existieren können, ist zweifelhaft. Beim Verband selbst sieht man kein Problem in dieser finanziellen Beteiligung.

Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und die DGB-Jugend sind als Sponsoren mit dabei. Der DGB vertei-

digt seine Jugendorganisation mit Verweis auf die eigene Satzung, in welcher sie sich zu „Aufbau und Sicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekennt. Dass Teilnehmer des Kongresses immer wieder diesen Rechtsstaat infrage stellten, stört die Gewerkschaften dabei offenbar nicht.

Zu einem Verwirrspiel entwickelte sich das Engagement der Aktion Mensch, früher Aktion Sorgenkind. Sie finanziert durch die Einnahmen der Fernsehlotterie des ZDF knapp tausend soziale Projekte und sieht ihre Aufgabe darin, „Maßnahmen und Einrichtungen anerkannter freier gemeinnütziger Träger im Bereich der Behindertenhilfe zu fördern sowie Aufklärungsmaßnahmen durchzuführen“. Auf Nachfrage, weswegen eine solche Einrichtung das Netzwerktreffen linker Medienmacher fördert, reagierte der unter anderem vom ZDF getragene Verein überrascht und erklärte, dass es keine Förderung gebe. Kurz darauf verschwand das Logo der Aktion Mensch von der Homepage der Linken Medienakademie.

UNTERSTÜTZER DER LINKEN MEDIENAKADEMIE:

Neues Deutschland • Klimaretter.info • Willi Münzenberg Forum • Welt Trends (Zeitschrift für internationale Politik) • **DIMBB** (Dresdner Institut für Medien, Bildung und Beratung) • **Hostwriter** (internationales Journalistennetzwerk) • **Blätter für deutsche und internationale Politik** • **Plakat-Kultur** (Plakatwerbungs-Agentur) • **Verdi Publik** (Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Verdi) • **Neue Deutsche Medienmacher** (bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden) • **FZS** (Freier Zusammenschluss von Studentinnenschaften e. V.) • **Helle Panke e. V.** (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin) • Rosa-Luxemburg-Stiftung • **Taz. Die Tageszeitung • Der Freitag • DGB-Jugend Berlin-Brandenburg • Contraste** (überregionale Monatszeitung für Selbstorganisation) • **European Youth Press** (Netzwerk) • **Deutscher Journalisten-Verband • Aktion Mensch**

Grund dafür ist aber laut Veranstalter nicht, dass keine Förderung vorliegen würde, sondern dass über ihren Förderungsantrag noch nicht entschieden wurde.

„Darauf sind wir aufmerksam gemacht worden. Entsprechend haben wir das Logo von der Website entfernt und werden es bis zu einem positiven Entscheid nicht mehr neu in Publikationen verwenden“, erklärte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Linken Medienakademie, Jörg Staude. Er erinnert daran, dass es schließlich eine Tradition in der Zusammenarbeit gebe, denn die Aktion Mensch habe schon die Konferenz 2014 mitfinanziert.

Unabhängig davon, ob es noch eine nachträgliche Förderung geben wird oder nicht, ist es erstaunlich, wie wenige Berührungsängste es zwischen vielen sonst auf

journalistische

und

verbandliche

Unabhängigkeit

pochenden Einrichtungen

und der organisierten

Linken gibt. Offenbar profitieren

linke Ideen in Deutschland weiterhin

vom verbreiteten Vorurteil, zuerst einmal gute, weil soziale und gerechte Ideen zu sein,

und dann schaut man gerne nicht so genau hin, wie diese zum Teil durchgesetzt

werden sollen.

Auf die Gretchenfrage nach der

Gewaltbereitschaft fand auch die

Runde im Campushof keine endgültige

Antwort: Das Podium wollte sich

dann doch nicht darauf einigen,

dass Ökoterorismus in jedem Fall

tabu sein muss. Vergebens war die

Diskussion dennoch nicht:

Immerhin gab die kurzhaarige

Studentin dem langhaarigen

Trainingsanzug letztlich recht in seiner Einschätzung, dass Deutschland keine Demokratie sei.

Ein kleinster gemeinsamer Nenner für das von Zizek geforderte „Zusammenwirken“ der Linken war also wenigstens auf dieser Bühne gefunden. Oder wie es der Claim der Aktion Mensch warmerziger formuliert: „Das Wir gewinnt“. ●



GIDEON BÖSS

lebt und arbeitet in Berlin.

Vor Kurzem erschien sein

aktueller Roman „Die

Nachhaltigen“.

redaktion@libmag.de



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Ein Buch mit dem Titel „Kritik der Freiheit“ scheint auf den ersten Blick nicht gerade eine Hymne auf liberale Ideen zu sein. Doch was der renommierte Tübinger Philosoph Otfried Höffe mit seiner jüngsten Publikation unternommen hat, ist nichts weniger als eine Neuvermessung des Freiheitsbegriffs – angesichts der sozialen, politischen und technischen Herausforderungen der Gegenwart. Höffe analysiert Freiheit umfassend und in klarer Sprache in verschiedenen Kontexten der Moderne, beispielsweise hinsichtlich der Konsequenzen der Präimplantationsdiagnostik oder der Datenschutzmöglichkeiten im

Internet. Damit knüpft er an das kritisch-systematische Denken Kants an. Besondere Leistung des Autors: Es gelingt ihm, mit der Verbindung von personaler Autonomie und gemeinwohlorientierter Rechtsordnung einen Weg jenseits der klassischen Trennung von negativer und positiver Freiheit aufzuzeigen. Gäbe es einen verbindlichen Lektürekanon liberaler Texte, er müsste um dieses Buch erweitert werden.

Jochen Merkle

OTFRIED HÖFFE
Kritik der Freiheit –
Das Grundproblem der Moderne
 C.H. Beck, München 2015,
 396 Seiten, 29,95 Euro



In einer Sachbuchlandschaft, in der die immer gleichen Krisenszenarien mit den immer gleichen populärwissenschaftlichen Analysetools behandelt und mit den immer gleichen Effekten beschrieben werden, ragt das neue Buch des Soziologen Nassehi positiv heraus. Einteilungen in „rechts oder links“, „konservativ oder progressiv“ reichen nicht mehr aus, um „die Gesellschaft von einer ihrer Wahrheiten und Plausibilitäten her zu beschreiben“. Alte Grenzziehungen funktionieren nicht mehr, analoge Erklärungen versagen in der digitalen Welt. Stattdessen sieht Nassehi die moderne Gesellschaft als „komplexes Gebilde, in dem permanent und in Echtzeit um Übersetzungen gerungen wird“, und propagiert einen neuen Kritiktypus: Der setzt statt auf eindimensionale Lösungen

auf individualisierte Lösungssysteme, auf „verteilte Intelligenz“ und neues vernetztes Denken. Nassehi formuliert einen vielversprechenden Ansatz liberaler Gesellschaftstheorie, mit der „die Differenz individueller Perspektiven stark gemacht wird – aber nicht gegen ihre Vergesellschaftung, sondern als ihre Vergesellschaftung“. Schwierige, aber hoch spannende Lektüre für alle, denen eine tatsächliche Fortentwicklung des Liberalismus am Herzen liegt!

Thomas Volkmann

ARMIN NASSEHI
Die letzte Stunde der Wahrheit – Warum
rechts und links keine Alternativen mehr
sind und Gesellschaft ganz anders
beschrieben werden muss
 Murmann Publishers, Hamburg 2015,
 344 Seiten, 20 Euro



Denken, fühlen, handeln

Journalisten, Wahlforscher und Wähler reiben sich die Augen: Nach Häme und Wahlkatastrophen ist die FDP wieder da – mit einem Aufwärtstrend bei zwei Landtagswahlen auf sonst für Liberale schwierigem Geläuf. Für *liberal* analysiert Marco Buschmann, Regisseur des neuen Auftritts, das Rezept für die neuen „Freien Demokraten“.

// TEXT // **MARCO BUSCHMANN** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

In Hamburg erringt die FDP einen Sensationssieg und legt auch in Bremen ordentlich zu. Das sind die ersten Früchte eines systematischen Strategieprozesses, den der neue Bundesvorsitzende Christian Lindner gleich nach seiner Wahl im Dezember 2013 eingeleitet hatte. Er verordnete der FDP eine fundierte Analyse, statt überhastet nach Strohhalmen oder gar populistischen Botschaften zu suchen.

Das Thomas-Dehler-Haus hat daraufhin nahezu alle gängigen Hypothesen zu Misserfolg und Chancen der FDP untersucht. Schnell war klar, dass die Menschen nach wie vor eine liberale Partei wollen. Jedoch zeigte sich, dass man bestimmte liberale Positionen nicht spontan mit der FDP verbindet oder sie ihr einfach nicht abnimmt. Für diesen Befund gibt es zwei tragfähige Erklärungen, die einander ergänzen.

Der eine Ansatz knüpft an die Performance der FDP in der vergangenen Legislaturperiode an: Die Partei habe zu wenig durchgesetzt. Fragt man weiter nach den Ursachen, so stößt man immer wieder auf die gleiche Erklärung: Die FDP war zu zerstritten, um wirklich etwas Großes und Wichtiges zu bewirken.

Mit diesem Bild zerrinnt auch ein Stück weit der ethische Achtungsanspruch der Partei. So erklärt sich auch die Häme gegen die FDP. Denn in Deutschland erwartet man von den Mitgliedern einer politischen Partei, dass sie sich gemeinsam für eine gute Sache einsetzen, die ihnen wichtiger ist als ihr Ego.



Erscheint sie dagegen nur als eine Ansammlung konkurrierender Karriereoptimierer, dann entsteht der Eindruck, dass es möglicherweise gar keine gute Sache gibt, der sie dient. Warum sollte dann ein Wähler seine Stimme für die Karriere fremder Menschen hergeben? Dieser Befund ist deshalb besonders tragisch, weil gerade die FDP über eine klare Werteorientierung und mit dem Liberalismus über eine konsistente ideengeschichtliche Tradition verfügt.

Das Präsidium der FDP leitete daher

einen partizipativen Leitbildprozess mit über 300 Veranstaltungen ein. Die Ergebnisse dienen als gemeinsame Orientierung für alle Mitglieder – einschließlich der Mitglieder der Führungsgremien. Diese legen nun auch besonders viel Wert auf Teamplay.

Besonders eindrucksvoll hat diese Erkenntnis Katja Suding in Hamburg umgesetzt und den traditionell zerstrittenen Landesverband hinter sich versammelt. Das hat gewirkt. Der Journalist Ulf Poschardt jedenfalls hat das neue Auftreten der FDP so

The German Nanny State

Die *Tagesspiegel*-Redakteurin Anna Sauerbrey hat für die *New York Times* die Lage der FDP nach der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft analysiert. *liberal* veröffentlicht ihren Text exklusiv und gekürzt in deutscher Sprache. **Die vollständige Fassung finden Sie bei www.libmag.de.**

Auch wenn die FDP im Vergleich zu SPD und CDU ein Zwerg ist, hat sie doch in der deutschen Nachkriegspolitik eine bedeutende Rolle gespielt. Als Koalitionspartner der beiden Großen waren die Liberalen insgesamt 46 Jahre lang Teil von Bundesregierungen. Die FDP hat viele Erste-Klasse-Staatsmänner gestellt, Walter Scheel etwa oder Hans-Dietrich Genscher.

Der Niedergang der Liberalen begann in den 2000er-Jahren. Eine miserable Führung und unliebsame politische Entscheidungen führten schließlich dazu, dass die Partei die Fünf-Prozent-Hürde zum Einzug in den Bundestag 2013 verpasste.

Ich gebe zu, dass ich meine Schadenfreude zunächst kaum unterdrücken konnte, als sich der freie Fall der FDP in den Umfragen abzeichnen begann. Sie hatte es verdient: Als Juniorpartner im Kabinett Merkel II gab sich die FDP der Klientelpolitik hin, füllte die Reihen mit inkompetentem Personal, und als Sahnehaube setzte ihr Spitzenkandidat für die Bundestagswahl noch einen sexistischen Ausfall obendrauf.

Und trotzdem: Aus heutiger Sicht verdient jede Stimme, die sich für Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, das Recht auf Selbstbestimmung und die Freiheit von staatlichen Eingriffen einsetzt, eine zweite Chance. Das politische System in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht aus der Balance geraten.

Deutschland fehlt außerdem jede gesellschaftliche Skepsis, was die Regierung betrifft, gleichzeitig verliert die deutsche

Öffentlichkeit zunehmend das Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen, eigenständig gute Entscheidungen zu treffen, was die eigene Gesundheit und die eigenen Finanzen angeht. Der neueste Trend geht dahin, den Konsumenten sanft zu „schubsen“, um ihn zu bewegen, seinen Lebenswandel grundlegend zu ändern – etwa, indem auf fettigen oder süßen Lebensmitteln rote Warnampeln abgebildet werden.

Dieser neue Paternalismus beschränkt sich nicht auf die Gesundheitspolitik, sondern

reicht bis in das Kulturelle. In der Summe ergeben ein bisschen Nudging hier und ein bisschen

Kontrolle über unsere Daten dort eine Gefahr für die Selbstbestimmung des Einzelnen. Wir sind ganz glücklich damit, Freiheit gegen Bequemlichkeit und Sicherheit einzutauschen. Die Deutschen haben vergessen, wie es sich anfühlt, nicht frei zu sein.

Im Moment hat das, was von der FDP übrig ist, sicher nicht den Schwung, die pro-paternalistische Stimmung zu drehen – trotz des jüngsten Erfolges in Hamburg. Aber wer sonst könnte es tun? Die Grünen haben in jüngerer Zeit versucht, die Lücke zu füllen, und Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben. Aber sie werden ihr traditionelles Misstrauen in die Souveränität des Einzelnen und in den freien Willen nicht abschütteln können.

Stattdessen muss die FDP ran. In den nächsten Jahren wird in einer Reihe von Bundesländern gewählt, die Partei kann das für Aufbauarbeit nutzen. Hoffen wir für Deutschland, dass sie Erfolg haben wird.

beschrieben: „Diese Partei ist von einem Haufen ruchloser Egoisten [...] zu einem echten Kampfkollektiv geworden. Die standen zusammen [...]“

Der zweite Ansatz knüpft an das liberale Lebensgefühl an. Die Wissenschaft ist sich heute einig, dass ein Großteil der Informationen, die Menschen aufnehmen, im sogenannten limbischen System verarbeitet und unterbewusst bewertet werden. Hier lassen sich bestimmte Motivationskräfte identifizieren, die unseren Charakter und unsere Vorlieben ausmachen.

Wir konnten zeigen, dass die Identifikation mit liberalen Thesen bei den Menschen besonders hoch ist, in deren limbischem System sowohl Individualitätsstreben als auch Lust auf Neues besonders ausgeprägt sind. Diese Menschen erfüllen schlicht, dass eine Gesellschaft individuelle Leistungsbereitschaft und Innovation benötigt. Genau das wollen sie bei einer Partei fühlen, mit der sie sich identifizieren sollen.

Vom Programm her ist zwar klar, dass die FDP sowohl für Leistungsindividualismus als auch Modernität steht. Man fuhr aber über Jahre keine konsequente Linie in der Frage, ob die Partei im öffentlichen Auftritt die emotionale Grunddisposition des Veränderns oder aber des Bewahrens ansprechen wollte. Mitunter agierte sie recht rustikal. Wenn eine liberale Partei aber mit dem Gestus der Behäbigkeit agiert, wirkt das aus Sicht der liberal fühlenden Menschen unglaublich – ja mitunter verstörend.

Auch hieraus hat das Präsidium der FDP klare Konsequenzen gezogen. So entstand der neue Auftritt mit neuem Logo. Denken, fühlen, handeln aus einem Guss! Auch hierfür war der Landtagswahlkampf in Hamburg das erste Feldexperiment – mit erfolgreichem Ausgang. ●



MARCO BUSCHMANN war von 2009 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, von Juni 2012 bis April 2014 Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen und ist seit dem 1. Juni 2014 Bundesgeschäftsführer der FDP.
redaktion@libmag.de





„Jeder Tropfen zählt“,

haben wir gelernt, und die vielen Toiletten mit Spartaste erinnern uns täglich daran, auf den Wasserverbrauch zu achten. Dabei ist das in den meisten Regionen Deutschlands purer Unsinn. Nicht nur weil es in unseren Breiten Wasser im Überfluss gibt, sondern vor allem, weil der geringere Wasserverbrauch die Fließgeschwindigkeit im Abwasserkanal verringert. Dadurch werden Rückstände wie Essensreste, Binden, Kondome, Tampons und Windeln nicht wie gewünscht durch den Kanal hinweggespült. Vor allem in regenarmen Monaten zieht deswegen fauliger Gestank aus der Kanalisation durch die Straßen und plagt die Anwohner. Um dies zu verhindern, werden teure Gelmatten in die Kanalisation gehängt, quasi als Gully-Deo. Das Ergebnis des erfolgreichen Wassersparens in Deutschland: Bis zu einer halben Million Liter bestes Trinkwasser müssen allein die Berliner Wasserbetriebe täglich zum Durchspülen in die Kanalschächte pumpen. Genauso gut könnten die Berliner etwa 60.000-mal auf die Klospülung drücken – und zwar ohne die Stopptaste zu betätigen. Das alles wird von den Wasserbetrieben auf den Preis umgelegt. Am Kaltwasserverbrauch zu sparen wirkt also im Regelfall kontraproduktiv. Und wen sein Gewissen plagt, der sollte bedenken: Wasser ist – anders als Erdgas oder Öl – eine lokale Ressource und nicht interkontinental handelbar; Sparen hierzulande kann das Problem des Wassermangels anderswo auf der Welt nicht lösen. Das Bild zeigt die Spülung eines Regenwasserüberlaufs in der Hohenstaufenstraße in Berlin-Schöneberg.

Foto: Berliner Wasserbetriebe



MEILENSTEIN FÜR DEN WELTHANDEL

TTIP muss kommen. Der transatlantische
Wirtschaftsraum muss zum offenen Club werden.

// TEXT // **KARL-HEINZ PAQUÉ** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Wer die Logik der Handelspolitik verstehen will, muss weit zurückschauen - mindestens 70 Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Katastrophen der Weltwirtschaftskrise 1930/32 und der Weltkriege sehr viel zu tun hatten mit dem Fehlen eines gemeinsamen Willens der Nationen, den Rückfall in den Protektionismus zu verhindern. Die Lösung: eine Welthandelsordnung, die genau dies verhindern würde. Sie kam tatsächlich zustande: 1947 wurde das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) abgeschlossen, 1995 mündete dies in die Gründung der World Trade Organisation (WTO), der inzwischen 160 Staaten angehören, die 90 Prozent des Welthandels abdecken. Die WTO-Prinzipien - möglichst freier Handel und Verzicht auf Diskriminierung von Handelspartnern - werden also heute fast weltweit anerkannt.

Ein riesiger Erfolg. Er wurde gekrönt durch eine Serie von multilateralen Verhandlungsrunden, bei denen dauerhaft kräftige Zollsenkungen sowie weitere Liberalisierungen des Welthandels erreicht wurden. Allerdings zeigte sich, dass diese Verhandlungsrunden immer länger und zäher wurden: Die ersten vier dauerten jeweils ein paar Monate, die sogenannte Uruguay-Runde - die letzte, die erfolgreich zum Abschluss kam -, lief acht Jahre lang, von 1986 bis 1993. Und die neunte, die sogenannte Doha-Runde, wurde im November 2001 aufs Gleis gesetzt. Sie ist seit 14 (!) Jahren in Gang, bisher ohne konkrete Aussicht auf Abschluss, trotz

gewisser Fortschritte mit dem sogenannten Bali-Paket vom Dezember 2013.

Der zentrale Grund für den zähen Fortgang liegt auf der Hand: die zunehmende Komplexität der Materie - wirtschaftlich, technisch und politisch. Es geht eben heute nicht mehr „nur“ um Zollsenkungen, sondern um die Angleichung von Bedingungen des fairen Wettbewerbs, von ökonomischen Regulierungen bis zu technischen Standards, die früher als integrale Bestandteile der nationalen Gesetzgebung betrachtet wurden. Hinzu kommt die drastisch gestiegene Zahl von Vertragsstaaten, die sich in völlig unterschiedlichen Stadien der Entwicklung befinden - von afrikanischen Nationen mit ärmlicher Subsistenzwirtschaft über dynamisch wachsende Entwicklungs- und Schwellenländer bis hin zu den reifen Industriestaaten Europas und Nordamerikas.

Die Zähigkeit des Fortschritts hat längst politische Folgen: Immer mehr Nationen gehen dazu über, Freihandelsabkommen bilateral auszuhandeln, zumeist mit Ländern, die sich in ihrer geografischen Nachbarschaft befinden oder im Zuge der letzten Jahrzehnte zu gewichtigen Handelspartnern wurden. Die WTO-Regeln lassen dies grundsätzlich zu. Dahinter steckt die Hoffnung, dass viele bilaterale Zonen irgendwann als „offene Clubs“ des Freihandels zu einem weltweiten System zusammenwachsen. Genau darin liegt auch die zentrale politische Idee von TTIP. Einmal etabliert, wird TTIP der mit Abstand größte „offene Club“ des freien Handels, den es weltweit gibt. Denn TTIP wird ein Territorium umfassen, das derzeit

»

fast 40 Prozent der globalen Wertschöpfung erzeugt und mehr als die Hälfte des weltweiten Handels abdeckt. Es besteht kein Zweifel, dass TTIP zu einer Blaupause für die ganze Welt werden könnte - mit Regeln und Standards, die sich in den kommenden Jahrzehnten global durchsetzen.

Ist dies wünschenswert? Die Antwort ist ein klares Ja. Es ist absehbar, dass einige schnell wachsende Schwellenländer wie China und Indien in wenigen Jahrzehnten mächtige Spieler im Welthandel sein werden. Das ist gut so - mit Blick auf die Integration und das Wachstum der Weltwirtschaft sowie die Bekämpfung der Armut. Es bedeutet aber, dass riesige Länder mit eher staatskapitalistischen Wirtschafts-

Wegweiser der Welthandelsordnung. Hinter ihr verblassen alle unsicheren Berechnungen von kurz- und mittelfristigen Wachstumswirkungen.

Es lohnt sich also, die kontroverse Diskussion zu TTIP in Deutschland mit Leidenschaft zu führen. In dieser Hinsicht hat es bisher ein großes Gefälle zwischen TTIP-Gegnern und TTIP-Befürwortern gegeben: Die Gegner - angeführt von Attac, dem höchst aktiven globalisierungskritischen Netzwerk - haben sich mit vollem Einsatz und großer Emotion in die Debatte geworfen. Die Befürworter dagegen haben eher technokratisch und zurückhaltend argumentiert. Dies gilt vor allem für die Bundesregierung der Großen Koalition, die zu keinem Zeitpunkt seit ihrem Amtsantritt erkennen ließ, dass letztlich nicht weniger als die Zukunft der liberalen Welthandelsordnung auf dem Spiel steht. Es mag paradox klingen, aber es ist das Verdienst des Engagements der TTIP-Gegner, dass sich die TTIP-Pläne endlich dort befinden, wo sie hingehören: mitten ins Zentrum der politischen Debatte um die Zukunft unserer globalen Gesellschaft.

Alle Beteiligten sind inzwischen hochsensibel, was die Kritikpunkte betrifft. Drei Themenkomplexe haben dabei überragende Bedeutung gewonnen: Transparenz, Verbraucherschutz und Schiedsgerichte. Was die Transparenz des Verfahrens betrifft, hat die EU-Kommission anfänglich unnötige und schwere Fehler gemacht - durch eine Geheimniskrämerei, die sich bei einem Thema dieser Tragweite nicht gehört. Offenbar unterschätzte sie lange die Wucht der öffentlichen Kritik, vielleicht auch, weil die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen in der Vergangenheit kaum öffentliches Interesse erregten - so zuletzt beim Abschluss von CETA, dem kanadisch-europäischen Freihandelsabkommen, das weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit zustande kam und in wesentlichen Punkten ein wichtiges Orientierungsmodell für TTIP liefert. Die neue liberale Kommissarin Cecilia Malmström, seit Herbst 2014 im Amt, hat die Geheimniskrämerei beendet. Mehr als das, sie hat einen Stil der engagierten offenen Diskussion befördert, der sich wohltuend abhebt vom traditionellen technokratischen Geist der Brüsseler Bürokratie. Längst sind nicht nur die Industrie, sondern auch Organisationen der Zivilgesellschaft am ständigen Konsultations- und Informationsprozess beteiligt.

Ähnliches gilt für den Verbraucherschutz sowie für Standards des Arbeitsrechts und Sozialsystems: Es

Europa kann durchaus verhindern, dass amerikanische „Chlorhühnchen“ auf deutschen Tellern landen, soweit dies auch für jenes europäische Federvieh gilt, das einer Reinigung mit Chlor unterzogen wurde.



strukturen und wenig gefestigter liberaler Tradition zunehmenden Einfluss auf die Welthandelsordnung nehmen werden. Die Uhr läuft gegen den Westen als Trendsetter der Handelsregeln: Wenn es heute nicht der Westen ist, der neue Regeln und Standards setzt, dann werden es bald andere tun.

Es geht also um weit mehr als die durchaus beachtlichen Wachstumsimpulse von TTIP für die amerikanische und die europäische Wirtschaft. Die Schätzungen aus der Wissenschaft deuten in Richtung eines transatlantischen Zuwachses von zwei Millionen Arbeitsplätzen, knapp die Hälfte davon in Europa und immerhin fast 200.000 in Deutschland. Das Gros dieser Gewinne ergibt sich als Folge von Einsparungen durch das Setzen und gemeinsame Überprüfen von Standards im weiten Feld der technischen Produktanforderungen, weshalb auch Deutschland als Hochburg innovativer Ingenieurskunst besonders profitiert. Viel wichtiger noch als die stets nur ungenau schätzbaren Wachstumsimpulse ist aber die Aussicht, die wirtschaftliche Globalisierung in einen Rahmen einzubetten, der auch für die ferne Zukunft freiheitliche Rechte, verlässliche Standards und faire Verfahren sichert. Genau dies ist die historische Aufgabe des Westens: als

ist inzwischen weithin klargestellt, dass tradierte Verfahrensweisen des Schutzes von Gesundheit und Umwelt sowie Konsumenten- und Arbeitnehmerinteressen nicht durch den Freihandel gefährdet werden dürfen und sollen – wie im Übrigen ja auch innerhalb der EU die nationalen Regeln mit der Etablierung des Gemeinsamen Marktes 1992 keineswegs verschwanden. Nationale Regeln können fortbestehen, soweit sie nicht zwischen in- und ausländischen Anbietern diskriminieren. Europa kann also durchaus verhindern, dass amerikanische „Chlorhühnchen“ auf deutschen Tellern landen, soweit dies auch für jenes europäische Federvieh gilt, das einer Reinigung mit Chlor unterzogen wurde; und die Amerikaner, die sich vor europäischem Rohmilchkäse als Gesundheitsrisiko fürchten, können untersagen, dass dieser in amerikanischen Feinkostläden landet – vorausgesetzt, dies gilt auch für Rohmilchkäse aus den USA selbst. Solche Sonderregelungen mögen zwar bei Fachkennern zu Kopfschütteln führen, aber wenn sie die traditionellen Sensibilitäten der nationalen Verbraucherpolitik widerspiegeln, sollte TTIP daran nicht scheitern.

Das umstrittenste Feld ist inzwischen die Frage der Rolle von Schiedsgerichten im Konfliktfalle, vor allem der sogenannte Investitionsschutz. Er gehört fast schon traditionell zum Kernbestand von internationalen Handelsabkommen, weil gerade hoch entwickelte Industrienationen ein großes Interesse daran haben, ihre eigenen Direktinvestoren in Ländern mit fragwürdigen Rechtssystemen nicht der Willkür lokaler Gerichte zu überlassen. Nun sind sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Länder der Europäischen Union im Wesentlichen verlässliche Rechtsstaaten, zum Teil sogar mit langer und stolzer Tradition des gewerblichen Rechtsschutzes. Es bedarf deshalb rein juristisch gar keiner weiteren Instanzen. TTIP-Kritiker befürchten nun, dass nationale Gesetze durch das Vorgehen von Schiedsgerichten ausgehebelt werden könnten, ohne Chance der Berufung auf kodifiziertes Recht. Schlimmer noch: Sie sehen das Potenzial für eine Welle von Verfahren vor Schiedsgerichten, angezettelt von großen Unternehmen, die sich durch einschränkende regulative Gesetzgebung einzelner Nationen um ihre Profite gebracht sehen. Als gängiges Beispiel dafür gilt die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg, die allerdings schon heute möglich ist, und zwar vor einem deutschen Gericht.

Diese Bedenken sind politisch sehr ernst zu nehmen, denn nichts wäre schlimmer als die Verbreitung der Meinung, der Freihandel untergrabe den Rechtsstaat, wo doch beide zusammengehören. Allerdings verkennen die Bedenken den eigentlichen Charakter von Schiedsverfahren, die ihrem Wesen nach nur dazu dienen, Diskriminierungen zwischen Investoren unterschiedlicher Nationalität zu verhindern und damit eine faire Behandlung sicherzustellen. Genau dies ist der Grund, warum gerade kleine und mittel-



Die Amerikaner, die sich vor europäischem Rohmilchkäse als Gesundheitsrisiko fürchten, können untersagen, dass dieser in amerikanischen Feinkostläden landet – vorausgesetzt, dies gilt auch für Rohmilchkäse aus den USA selbst.

ständige Unternehmen aus Deutschland davon profitieren, denn sie haben weder die Mittel, langwierige Prozesse vor amerikanischen Gerichten zu führen, noch den politischen Einfluss, um Probleme im Vorfeld geräuschlos abzuräumen.

Gleichwohl ist klar: Eine Aushöhlung des Rechtsstaats darf es nicht geben. Wenn es dazu weiterer überzeugender Klarstellungen bedarf, so müssen Juristen und Politiker diese liefern, auch wenn dies die Verhandlungen verzögert und noch komplexer macht, als sie ohnehin schon sind. Klar ist allerdings auch, dass die Zeit drängt, vor allem wegen der US-Präsidentenwahlen im November 2016. Dies gilt umso mehr, als der amerikanische Kongress dem amtierenden Präsidenten Barack Obama jüngst für die weiteren Verhandlungen die „Fast-Track-Autorität“ gewährt hat. Damit ist Obama imstande, das TTIP-Abkommen auszuhandeln und es in seiner Gesamtheit dem Kongress zur Abstimmung vorzulegen. Damit verbunden ist die – vorübergehende – Chance, zu vermeiden, dass der amerikanische Kongress sich im protektionistischen Klein-Klein von Partikularinteressen verstrickt. Er kann nur mehr das Gesamtpaket ablehnen oder annehmen. Diese harte Alternative macht es sehr wahrscheinlich, dass es zur Annahme kommt, weil die Vorteile klar überwiegen. Das Fenster zur Einigung ist also offen, solange Obama regiert. Deutschland und die Europäische Union müssen die Chance nutzen. ●



KARL-HEINZ PAQUÉ ist Professor für Internationale Wirtschaft und Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Er ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Mitglied des FDP-Bundesvorstands. paque@ovgu.de

ICH WILL EIN CHLORHUHN ESSEN

Vom irrationalen Kampf gegen den Freihandel

// TEXT // GÜNTER EDERER

Hatten Sie schon einmal eine Salmonellenvergiftung? Ich schon. Eine üble Erfahrung. Geholt habe ich sie mir in einem bekannten Berliner Restaurant. In Deutschland ist das nicht ungewöhnlich - jedenfalls weniger, als Sie sich vorstellen können. 63,5 Personen pro 100.000 Einwohner hat es zum Beispiel 2005 erwischt. Eine der häufigen Infektionsquellen sind Hühner und Eier. Vor allem bei freilaufenden Hühnern ist die Gefahr groß. Salmonellen befinden sich unter anderem im Erdreich. Sie infizieren die Eier, indem sie durch die Schale ins Innere des Eis eindringen. Doch die deutschen Behörden sind nicht in der Lage, diese Quelle der Infektionen zu beseitigen.

In den Vereinigten Staaten schützt der Gesetzgeber seine Bevölkerung, indem er vorschreibt, dass geschlachtete Hühner, bevor sie zum Verzehr freigegeben werden, in ein Chlorbad getaucht werden, das nicht nur die Salmonellenreger, sondern auch sonstige infektiöse Keime abtötet. In einem Supermarkt vor die Wahl gestellt, dank Chlorbehandlung keimfreie US-Hähnchen oder deutsche Risikohühner zu kaufen, würde ich mich für die Chlorhähnchen entscheiden.

Genau dieses US-Chlorhuhn ist zum Symbol der TTIP-Verhandlungen verkommen, der transatlantischen Trade and Investment Partnership, des Freihandelsabkommens Europas mit den USA. Da wird im Fernsehen eine eher unappetitliche Szene gezeigt, wie einige nackte Hühner durch eine Brühe gezogen werden, und dabei kommentiert, dass die Amerikaner durchsetzen wollen, dass wir in Zukunft so etwas essen müssen statt weiterhin unsere wunderbaren Biohühner. Die Szene wird sooft wiederholt, dass bald jeder Deutsche eine Vorstellung davon bekommt, wie die US-Amerikaner unsere vorbildlichen Verbraucherstandards zerstören wollen. Hier siegt Verblödung statt Information. Die Bundeszentrale für Risikobewertung hat durch die Chlorbehandlung keinerlei gesund-

heitliche Schäden festgestellt, sondern die dadurch erzielte Keimfreiheit als Vorteil eingestuft. Die EFSA, die European Food Safety Authority, aber hat ohne Begründung die Behandlung von Frischfleisch mit Chlordioxyd abgelehnt und die Einfuhr so behandelter Lebensmittel verboten.

Das Chlorhähnchen ist aber nur der Anfang, mit dem die Propagandamaschinerie gegen das Freihandelsabkommen losgetreten wurde. Den radikalen antikapitalistischen und antiamerikanischen Aktivisten von Attac und ihren Verbündeten aus der linkssozialistischen Szene ist es gelungen, ein Bündnis zu schmieden aus Irrationalität und platten Lügen. Der durchgängige Hauptvorwurf an TTIP lautet: Hier versuchen wenige transatlantische Konzerne, mit wirtschaftlicher Macht demokratische Errungenschaften zurückzudrängen.

Europa wird dabei als ein Hort der Demokratie, des vorbildlichen Verbraucherschutzes, des Retters von Natur und Umwelt und der demokratischen Rechte der Arbeiter dargestellt, kurzum, als die Krönung der Menschheitsgeschichte. Angegriffen wird dieses Europa von den finsternen undemokratischen amerikanischen Konzernen und Banken, die all diese Errungenschaften ihrer Profitgier opfern. Diese Primitivargumentation lässt sich selbst in Kürze widerlegen. Es waren die USA, die Abgasvorschriften für Automobile erließen, als hier noch behauptet wurde, der Katalysator würde den Untergang der Automobilindustrie bedeuten. Es war der US-Amerikaner Ralph Nader, der den Verbraucherschutz zu einer mächtigen Bewegung aufbaute, als in Deutschland vergleichende Warentests noch vor Gericht erstritten werden mussten. Es sind die Gerichte in den USA, die Millionenentschädigungszahlungen durchsetzen, wenn Unternehmen Verbraucher geschädigt haben. Die Rauchverbote und Verurteilungen der Tabakkonzerne verhängten US-Gerichte.

In der Anti-TTIP-Propaganda aber werden die USA als ein Land dargestellt, das die Demokratie Europas gefähr-



det - oder wie ist sonst der Satz zu verstehen, den die Bio-Verbraucher e. V. als Begründung ihres Widerstands gegen TTIP veröffentlicht haben: „Es geht um die Rettung des rechtsstaatlichen Systems in Europa!“

Was irritiert, sind aber nicht die vereinigten antikapitalistischen und antiamerikanischen Linken, die selbstverständlich gegen alles opponieren, was mehr Weltoffenheit, mehr Handel und mehr Freiheit schafft; was wirklich bedenklich ist, sind Gruppierungen, die sich dem Protest angeschlossen haben, ohne nachzudenken, oder die, um wahrgenommen zu werden, die Verleumdungskampagnen unterstützen. Dazu gehören einzelne Vertreter und teilweise sogar die Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Bei TTIP gehe es darum, das „christlich geprägte Wertesystem“ zu verteidigen, schreibt Hubert Meisinger, Umweltpfarrer der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau. Er sieht seine Ablehnung gerechtfertigt „mit Blick auf die Bergpredigt“. So animiert, reihen sich dann Christen in der ersten Reihe bei Demonstrationen gegen TTIP ein, wie zum Beispiel in Landau in der Pfalz.

Und welche Werte sieht die KAB, die Katholische Arbeiterbewegung, bedroht, dass sie gegen den Freihandel mit einem Land kämpft, in dem christliche Werte weit mehr die Politik beherrschen als in Deutschland?

Die Liste der haltlosen Ängste, die sich mit dem Freihandelsabkommen verbinden, könnte eine ganze Sonderausgabe dieser Zeitschrift füllen. Dazu gehört auch die Ablehnung von genveränderten Pflanzen, für Dutzende bäuerlicher Verbände und Umweltschutzorganisationen der Grund, sich gegen TTIP missbrauchen zu lassen. Sie löst offenbar Urängste aus, ist rational kaum zu begründen. Natürlich besteht die Gefahr, dass Konzerne die Lizenz erstreben, ein Monopol auf Pflanzen zu erhalten, und damit Millionen Landwirte in ihre Abhängigkeit zwingen. Diese juristischen Fragen müssen geklärt werden - völlig unabhängig von TTIP.

Ein generelles Verbot von genveränderten Pflanzen aber ist unmoralisch, ja vielleicht sogar als verbrecherisch einzustufen. Über 120 Millionen Menschen sind laut WHO an Vitamin-A-Mangel erkrankt. 500.000 Kinder erblinden daran jedes Jahr, ein Drittel davon stirbt.

Das Internationale Reisinstitut hat eine Reissorte entwickelt, deren Anbau dieses Problem sofort lösen kann. Lizenzgebühren gibt es nicht. Trotzdem zerstören Aktivisten sogenannter „Umweltschützer“ diese Vitamin-A-Reisfelder. All jene, die das Christentum Europas durch TTIP in Gefahr sehen, weil sie den diffusen Angstmachern folgen, müssen mit ihrem Gewissen ausmachen, wie sie dieses Verbrechen an den geschädigten Kindern rechtfertigen.

Zurück zum Chlorhühnchen. Was immer zwischen Europa und den USA ausgehandelt wird: Es muss ein Grundsatz herrschen: Alle Abmachungen müssen transparent und nachvollziehbar sein, kein Kontinent kann und darf dem anderen vorschreiben, wie er seine Gesetze gestaltet - ob vernünftig oder ideologisch begründet -, und keiner der beiden Kontinente darf sich über das Recht auf das Eigentum des anderen hinwegsetzen.

Wenn diese Prinzipien eingehalten werden, dann habe ich als mündiger Verbraucher die Chance zu wählen zwischen dem US-Chlorhühnchen und dem tiefgefrorenen Massenbroiler für vier Euro ohne keimfreie Behandlung. Was ich nicht brauche, sind die Aktivisten von Attac, die Besserwisser der Bioprediger und die moralisierenden Funktionäre und Pfarrer der Kirchen, die mir sagen, was gut für mich ist. ●



GÜNTER EDERER produzierte 43 Jahre lang in 62 Staaten Filme für ARD und ZDF. Er erhielt für seine publizistische Arbeit 23 Preise, darunter den Deutschen Fernsehpreis und den Ludwig-Erhard-Preis. Ederer ist überzeugter Marktwirtschaftler.
redaktion@libmag.de

DEFINITIONS- SACHE ARMUT

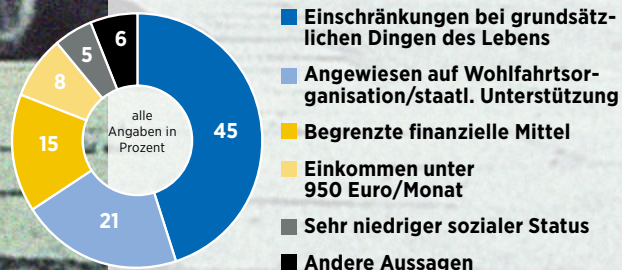
In der Fernsehserie „Der ganz normale Wahnsinn“ des kürzlich verstorbenen Regisseurs und Autors Helmut Dietl (Monaco Franze, Schtonk, Rossini) arbeitet der chaotische Journalist Maximilian Glanz an seinem Buch mit dem nicht ganz eingängigen Titel „Woran es liegt, dass der Einzelne sich nicht wohlfühlt, obwohl es uns allen doch so gut geht“. Was mag der Grund sein? Zum Beispiel die grassierende Armutsgefährdung? Wer die Medien verfolgt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Armut ein zentrales Problem in Deutschland ist – obwohl es „uns allen“ doch so gut geht. Die Armutsdebatte ist schon deshalb ein vertracktes Ding, weil jeder etwas anderes unter Armut versteht. Wir haben uns ein paar Indikatoren näher angesehen.

Armut – gefühlt, gemessen, geschätzt

Armut ist zunächst einmal vor allem eine Definitionssache. Man könnte unter vielen Experten noch Einigkeit erzielen, wenn man Armut als „Zustand gravierender sozialer Benachteiligung“ erklärt – für einen Statistiker ist das jedoch zu vage.

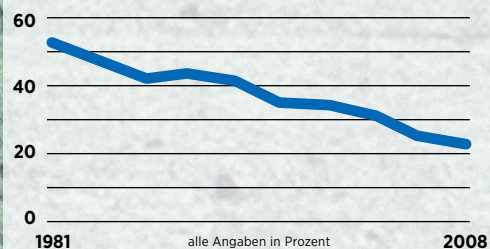
Die Bundesbürger definieren Armut sowieso ganz anders, wie das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2011 in einer Umfrage herausgefunden hat.

Hauptanzeichen für Armut sind danach



Eine von der Weltbank benutzte Größe ist der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar leben müssen (die Preisentwicklung ist berücksichtigt). Geht man nach diesem absoluten Armutsbegriff, so ist Armut weltweit deutlich zurückgegangen.

Anteil der Menschen mit einem Einkommen unter 1,25 Dollar/Tag:



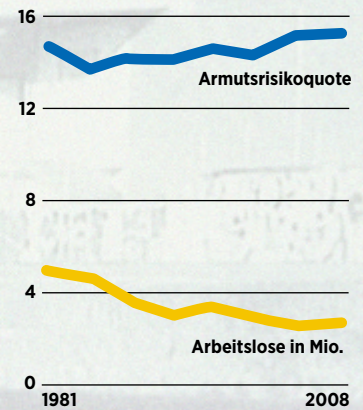
Nach dieser Definition wäre Armut in Deutschland schon lange kein Thema mehr. Dass wir so häufig über Armut in Deutschland sprechen, liegt an der sogenannten „Armutsrisikoquote“, die sich hierzulande in den Medien durchgesetzt hat und die tatsächlich nur Einkommensungleichheit misst.

Armut hängt vom Nachbarn ab

„Relative Armut“ bedeutet Armut im Vergleich zum jeweiligen sozialen Umfeld eines Menschen. In diesem Zusammenhang bezieht sich relative Armut auf verschiedene statistische Maßzahlen für eine Gesellschaft, zum Beispiel auf den Mittelwert des Einkommens. Betrachtet man die gesamte Bevölkerung in Deutschland, so betrug 2009 der Mittelwert des Einkommens 18.797 Euro pro Person. Davon leitet sich die sogenannte Armutsgefährdungsquote ab. Sie gibt den Anteil der Bevölkerung an, der über weniger als 60 Prozent des Einkommensmittelwerts der

Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes verfügt. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung betrug danach 2009 in Deutschland 11.278 Euro. Würde man als „soziales Umfeld“ nur Ihre Straße betrachten, so könnten Sie als Durchschnittsverdiener an dem Tag armutsgefährdet werden, an dem ein Einkommensmillionär in Ihr Nachbarhaus zieht.

So kann es dazu kommen, dass sich bei sinkender Arbeitslosigkeit die Zahl der armutsgefährdeten Menschen erhöht, wie folgende Grafik zeigt.



Good news are bad news

Folgendes Experiment: Stellen Sie sich vor, Ihr Einkommen liegt heute genau auf dem beschriebenen Schwellenwert und Ihr Arbeitgeber gleicht Ihnen in den kommenden Jahren den Kaufkraftverlust exakt aus. Während Sie also Ihren Lebensstandard halten, können äußere Faktoren dafür sorgen, dass Sie die Grenze zur Armutsgefährdung unterschreiten. Die Nachrichten werden Sie dann womöglich mit anderen Augen sehen. Folgende Meldungen der Tagesschau dürften Ihnen missfallen, weil sie dadurch zu einem armutsgefährdeten Menschen werden:

- » Die Zahl der Arbeitslosen ist durch Aufschwung und Neueinstellungen gesunken.
- » Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt.
- » In anderen Branchen als der Ihren gab es überdurchschnittlich gute Tarifabschlüsse.

All diese Faktoren lassen Sie – im Vergleich zu den anderen – ärmer werden.

Wenn die Nachrichten dagegen Folgendes vermelden, entfernen Sie sich vom Schwellenwert der Armutsgefährdung und wandern in den grünen Bereich:

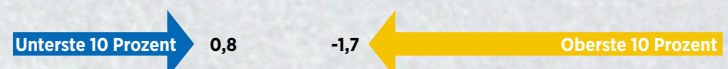
- » Eine Rezession greift um sich, es gibt Massenentlassungen.
- » Es gibt vor allem Armutseinwanderung nach Deutschland.
- » Die fast immer armutsgefährdeten Studenten studieren immer länger.

Umverteilung als Patentrezept?

Daraus ergibt sich: Wirtschaftswachstum wirkt sich nur dann positiv auf die Quote der Armutsgefährdung aus, wenn es zum größten Teil unterhalb dieser Schwelle ankommt. Ist das nicht so, steigt der Teil der Armutsgefährdeten – selbst dann, wenn sie durch das Wirtschaftswachstum Einkommensvorteile erzielen. Diese Definition ist daher, obwohl sie sperrig ist, bei allen beliebt, die sich Umverteilung auf die Fahnen geschrieben haben. Von den Medien wird die Schwelle zur Armutsgefährdung oft mit der Schwelle zur „strengen Armut“ verwechselt, die bei 40 Prozent liegt. Der relative Armutsbegriff krankt überdies daran, dass er Vermögen außer Acht lässt. Denn jeder sechste einkommensarme Erwachsene besitzt Vermögen in Form von Aktien, Spargbüchern oder Immobilien, um davon mindestens zehn Jahre leben zu können, erklärt das Institut der deutschen Wirtschaft.

Selbst Anhänger des relativen Armutsbegriffs müssen konstatieren: In Deutschland wird bereits kräftig umverteilt. Anders als in anderen Ländern erhalten die untersten zehn Prozent der Bevölkerung zunehmend mehr vom Kuchen, anders die obersten zehn Prozent:

Veränderung der Einkommensanteile 2006 bis 2011 in Prozentpunkten:



Und so befürworten die Forscher des Internationalen Währungsfonds, eigentlich Anhänger einer stärkeren Umverteilung, für Deutschland keine weitere Umverteilung. Wo schon viel Geld umverteilt werde, brächten zusätzliche Steuern und Sozialleistungen nicht unbedingt Wachstum. Deutschland gehöre aber schon jetzt zu den größten Umverteilern der Welt.

Quellen: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik; Institut der deutschen Wirtschaft; Position Liberal Band 129 (Liberales Institut)



Auch Konservative sind Kollektivist

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Ein in Deutschland besonders zähes politisches Vorurteil besagt, Konservative und Liberale seien Geschwister. Die Linke benutzt es gern, um Liberale als antimodern darzustellen. Aber auch viele Liberale sehen in den Konservativen natürliche Verbündete. Ist Liberalismus lediglich „Konservatismus ohne Kirche“?

In der Biologie redet man von Konvergenz, wenn zwei grundverschiedene Organismen ganz ähnlich aussehen, wie etwa Haie und Delfine. Man kann sie bei oberflächlicher Betrachtung leicht verwechseln, aber es besteht keine Verwandtschaft zwischen dem Fisch und dem Meeressäuger. Solche Unterschiede, die von oberflächlichen Ähnlichkeiten zugedeckt werden, können sehr bedeutsam sein – in diesem Fall für Schwimmer, Surfer und Taucher.

Auch Konservative und Liberale sehen sich gelegentlich ähnlich wie konvergente Tierarten. Was auch mit dem Bankangestellten-Look zusammenhängt, den man im deutschen Partei-Liberalismus pflegt. Es handelt sich jedoch – um im Sprachbild der Biologie zu bleiben – um zwei genuin fremde Organismen. Ihre inneren Werte unterscheiden sich mindestens so stark wie die Kiemen des Hais von den Lungen des Delfins.

Seitdem sich die Grünen im Deutschland der 80er-Jahre als politische Partei etablierten, teilen professionelle Analysten, aber auch die breite Öffentlichkeit das politische Spektrum in zwei Lager

ein: das rot-grüne und das konservativ-liberale. Das liegt nahe, wenn man Liberalismus mit der Politik der FDP gleichsetzt, denn die erste und letzte SPD-FDP-Koalition auf Bundesebene verblich vor 33 Jahren.

Hinzu kommt, dass die meisten Konservativen, ganz wie die Liberalen, Anhänger der freien Marktwirtschaft sind. Unternehmern sollten möglichst wenig staatliche Fesseln angelegt werden, damit sie gewinnbringende Geschäftsideen entwickeln können – was wiederum dem Allgemeinwohl dient. Auch steht – im Unterschied zur Linken – der Wert des Privateigentums bei beiden Weltanschauungen hoch im Kurs.

Aber damit ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten schon aufgebraucht. In fast allen anderen Fragen ist der Konservatismus ein Gegenpol zum liberalen Menschenbild. Angst vor der Freiheit, Misstrauen gegenüber der Moderne und pikierter Kulturpessimismus bilden seine ideelle Essenz. Er unterstellt dem Individuum asoziale Triebe und niedere Beweggründe. Die Grundwerte Ordnung, Bindung und Tradition sollen daher ganz bewusst die Freiheit des Einzelnen einschränken und ihn an ein aus konservativer Sicht „natürliches“ Kollektiv anpassen.

Konservatismus ist Kollektivismus, auch wenn Konservative dieses Wort nicht gern hören. Statt der von Linken bevorzugten staatlichen Großgemeinschaft idealisieren sie traditionelle Kolle-



tive: Familie, Dorf, Nation, Glaubensgemeinschaft. Besonders die Familie erklären sie gern zur natürlichen Alternative gegenüber der anonymen Staatsbürokratie.

Doch Traditionsgemeinschaften schränken die Freiheit des Einzelnen oftmals unerbittlicher ein, als es moderne staatliche Institutionen tun (das gilt natürlich nicht für totalitäre Systeme). Wer nach eigener Fassung selig werden will und dabei von den Normen seiner Sippe oder den Gebräuchen seines Dorfes abweicht, hat es schwer. Tucholsky machte einst auf den Doppelsinn des Wortes „Familienbande“ aufmerksam. Die Erosion ungeschriebener Sittengesetze, die mit der Verfestigung staatlicher Strukturen einherging, brachte eine Befreiung des Individuums. Dass heute unverheiratete Mütter, Homosexuelle und andere Minderheiten weitaus weniger diskriminiert werden als vor einem halben Jahrhundert, hat auch mit der von Konservativen viel bejammerten „Entwurzelung“ zu tun.

Es stimmt schon: Das Aufweichen traditioneller Verbote verunsichert viele Menschen. Für sich selbst Verantwortung zu übernehmen, ist unbequem. Ständig Entscheidungen treffen zu müssen, strengt an. Das viel zitierte „Unbehagen an der Moderne“ ist der Preis der Freiheit.

Die reinste Form eines familiären Traditionskollektivs, das seine „Freiheit“ gegen die Moderne, die offene Gesellschaft und den Staat

verteidigt, ist die Mafia. Menschen, die ihr angehören, sind jedoch nicht frei, sondern Untertanen eines Familienfaschismus, der Abweichung mit dem Tode bestraft. Ein liberaler Mafioso wäre ein Widerspruch in sich, denn Misstrauen gegenüber der Macht ist das Wesen des Liberalismus, egal ob diese Macht vom Staat, von Monopolen oder Traditionsgemeinschaften ausgeübt wird.

„Die Freiheit innerhalb einer Gesellschaft“, schreibt Mario Vargas Llosa, „bemisst sich am Grad der Autonomie, welche die Bürger in der Gestaltung ihres Lebens und in der Verwirklichung ihrer persönlichen Ziele genießen.“ Diese Autonomie wird nicht nur von Religionen, Nationalismen und anderen Ideologien bedroht, sondern auch von den gefühlvollen, kuscheligen Familienwerten, die viele Konservative für das Maß aller Dinge halten. ●

MICHAEL MIERSCH ist seit November 2014 Geschäftsführer beim „Forum Bildung Natur“ des Bildungszweiges der Deutschen Wildtier-Stiftung. Zuvor war der Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* Ressortleiter Forschung beim Magazin *Focus*.
Website: www.miersch.media miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Prospektbeschreibung

Weißer, schier endlos lange Strände, azurblaues Meer und viele Cana-Palmen, denen der Südosten der Dominikanischen Republik seinen Namen verdankt: Punta Cana – **Erholung am Meer** wird hier großgeschrieben.

Amnesty International

Die Anzahl **rechtswidriger Tötungen durch die Polizei** war unverändert hoch. Personen haitianischer Herkunft wurden weiterhin die Ausweispapiere verweigert. Fälle von Gewalt **gegen Frauen und Mädchen** gaben nach wie vor Anlass zu größter Besorgnis.

Das DomRep-Dilemma

Ich möchte keine schlechten Arbeitsbedingungen für Textilarbeiter – und greife zu fair gehandeltem Kaffee. Ich möchte keinen Kohlestrom – und greife zu Ökoenergie. Das politische Gewissen wird für viele Verbraucher bei ihren Entscheidungen immer wichtiger. Wenn's ums Reisen geht, kann das zu einem Dilemma führen: Trage ich mit der Reise in ein autokratisches Land zu dessen Öffnung bei oder fülle ich nur den Devisensäckel der Machthaber? // TEXT // **BORIS EICHLER**

Seit mehr als einem Jahr haben wir weder Toilettenpapier noch Seife, Milch, Kaffee oder Zucker. Also müssen wir unsere Gäste bitten, es selber mitzubringen.“ So wird ein venezolanischer Hotelbesitzer auf dem Onlineportal „Business Insider“ zitiert. Wer das Scheitern des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ erleben will, der reist nach Venezuela. Dort sollte mit dem neuen Sozialismus-Modell zwar alles anders werden: schöner, schneller und besser. Doch am Ende zeigte sich: Das einzig Neue am Sozialismus von Hugo Chávez war, dass er den Zusammenbruch von staatlicher Planwirtschaft mithilfe seiner Ölreserven um ein paar Jahre verzögern konnte. Den Einbruch der Ölpreise musste er nicht mehr erleben, sein Volk dagegen schon. Mit aller Macht schlägt nun die Realität durch: Auch das neueste Experiment in Sachen Sozialismus scheitert grandios.

Unter diesen Bedingungen klingt es fast ein wenig unanständig, zu einer Reise nach Venezuela zu raten – gerade in einer Zeit, in der moralisch vermeintlich einwandfreies Verhalten beim Konsum mehr denn je en vogue ist. Das Thema Reisen und Menschenrechte trifft den Nerv vieler Interessierter.

Das zeigte der überfüllte Saal auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) in Berlin, als die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unter dem Titel „Tourismus – Terrorismus – Totalitarismus. Reisen in Risikoländer und in autoritäre Regime“ einlud. Reiseanbieter, Touristikkonzerne und Fachpublikum diskutierten mit den Exper-

MALEDIVEN

Prospektbeschreibung

Im Indischen Ozean liegt mit den Malediven eines der letzten Paradiese der Welt. Die vielen kleinen, größeren, ovalen und lang gestreckten Inseln der Atolle sind umgeben von türkisblauem Wasser, welches weiter ins Meer hinaus ein majestätisches Azurblau annimmt. Die herrlichen Strände verführen zum verdienten **Müßig-gang im Urlaub mit einem exotischen Cocktail** in der Hand, und das 27 Grad warme Meerwasser ermöglicht ausgiebiges Baden.



Amnesty International

Auf den umstrittenen Rücktritt des Präsidenten Anfang Februar 2012 folgten monatelange Proteste und politische Repressionen auf der gesamten Inselgruppe. Sicherheitskräfte gingen mit **unverhältnismäßiger Gewalt** vor und setzten unter anderem Schlagstöcke und Pfefferspray ein, um weitgehend friedliche Demonstrationen aufzulösen. Häftlinge litten unter **Folter und anderen Misshandlungen**. Mängel im Justizsystem sorgten für anhaltende Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen.

ten des Stiftungs-Panels. Dabei stellte sich schnell heraus: Die Entscheidung für oder wider fair gehandelten Kaffee ist weitaus einfacher als die Entscheidung für oder wider eine Reise in eine Autokratie. Das Reisen bringt – anders als beim Kaffee – gleich eine Vielzahl an Konsumententscheidungen mit sich, dazu kommen Begegnungen mit den Einheimischen, deren Verlauf sich so oder so auswirken kann.

Heilsamer Realitätsabgleich

Kann man durch das Reisen in eine Diktatur etwas zum Guten bewegen? Eine Frage, die gerade in Deutschland intensiv diskutiert wurde und der sich bis vor 25 Jahren Millionen von Bundesbürgern stellten, wenn es darum ging, ein paar Kilometer nach Osten zu reisen, in die Staaten des „real existierenden Sozialismus“. Jeder der damaligen DDR-Besucher wird sagen: Ja, es war gut, nach drüben zu fahren. Das ist wohl wahr, lag aber vor allem an der intensiven Beziehung zwischen Gästen und Gastgebern, denn die meisten DDR-Besucher waren in Familienangelegenheiten unterwegs. Ihnen ermöglichten die Reisen offene und intensive Gespräche von Anfang an, sie brachten Westwaren ins Land, darunter oft auch westliche Druckerzeugnisse – obwohl es verboten war. Bei den wenigen DDR-Pauschalurlaubern hingegen fanden Gespräche und Austausch von Meinungen kaum statt. Meist als Bildungsreisende unterwegs, erlaubte ihnen das straffe Programm kaum, informelle Kontakte aufzunehmen. Für »

KUBA

Prospektbeschreibung

Urlaub auf Kuba verbindet Erholung pur mit **spannenden Kulturerlebnissen**. Bereits bei der Ankunft spüren Urlauber das karibische Lebensgefühl und die Gelassenheit der Einwohner. Lassen Sie sich treiben und tauchen Sie ein in eine Welt voller Genüsse. Zahlreiche Bars und Restaurants laden zum Verweilen ein und bieten eine Vielzahl kubanischer Spezialitäten an. Empfehlenswert ist ein Besuch des Rebellenhauptquartiers am Fuße des „Pico Turquino“, das in den Zeiten der Revolution als Kommandostand für Fidel Castro diente.



Amnesty International

Die **Unterdrückung unabhängiger Journalisten, Oppositionsführer und Menschenrechtsverteidiger** nimmt zu. Es wurde von durchschnittlich 400 kurzfristigen Festnahmen pro Monat berichtet. Aktivisten, die aus den Provinzen nach Havanna reisten, wurden häufig inhaftiert. Gewaltlose politische Gefangene wurden nach wie vor aufgrund konstruierter Anklagen verurteilt oder in Untersuchungshaft gehalten.

DDR-Besucher aus dem Westen bot ein Besuch im Arbeiter- und Bauernparadies aber auch die Möglichkeit der Selbstvergewisserung als freiheitsliebender Mensch und Demokrat. Viele Bundesbürger, die durchaus Sympathie für das sozialistische Experiment auf deutschem Boden hegten, kehrten kuriert von ihrem ersten Ausflug zurück: Zu offensichtlich zeigte sich dort das Scheitern des SED-Regimes an nahezu allem, was wichtig ist, zu offensichtlich waren Militarismus, die Gängelung, das Klima der Angst, die miserable Versorgung der Bevölkerung.

Touristische Geisterbahnfahrten

Wollte man einen Staat mit ähnlichem Erscheinungsbild heute erleben, müsste man Nordkorea als Ziel wählen (was nichts Gutes über die DDR aussagt, die es erst spät in ihrer Geschichte verstand, die Anmutung eines politischen Panoptikums loszuwerden, das den Besucher auf Schritt und Tritt mit politischen Spruchbändern und Propagandadurchsagen behelligte). Und: Für viele überraschend, ist es heute möglich, nach Nordkorea zu reisen. „Nur wenige Ausländer haben bislang hinter den hier noch immer existierenden ‚Eisernen Vorhang‘ geschaut“, heißt es in einer Reisebeschreibung des Veranstalters T&P. „Wir wollen wissen, wie es wohl dahinter aussieht.“ Es fehlt nicht der Hinweis, man werde unter der strengen Aufsicht der Obrigkeit unterwegs sein. Man sei jedoch gewiss, „dass wir dennoch genügend Einblicke in die Realität dieses kaum durchschaubaren Landes bekommen werden, auch wenn uns sicher nur die schönen Seiten gezeigt werden“.

Meldet sich hier das schlechte Gewissen? Einer lupenreinen Diktatur Geld in den Rachen schmeißen? Pikant genug: Diese touristische Geisterbahnfahrt wird vom Forum Anders reisen e. V. angeboten, das sich auf die Fahnen geschrieben hat: „Umweltfreundliches und faires Reisen ist unser Thema.“

Bei der Podiumsdiskussion der Stiftung für die Freiheit auf der ITB zeigten sich viele Teilnehmer überrascht, dass ein Urlaub in Kim Jong-Uns Land überhaupt möglich ist. Mehr als zwei Wochen dort würde der für

Korea zuständige Projektleiter der Stiftung für die Freiheit, Lars-André Richter, jedoch nicht empfehlen, da zu viel an Kultur im Krieg zerstört worden sei. Auch klimatisch böte sich eher ein Wanderurlaub an. Einsamkeit finde der Urlauber dabei allerdings nicht: „Man kann zwar alleine buchen, wird jedoch nicht alleine reisen“, pointierte Richter die allumfassende Überwachung eines jeden Ausländers in Nordkorea. Er kenne jedoch einen Geschäftsmann, dem es regelmäßig gelinge, sich seines Schattens zu entledigen – durch Joggen, das sei den meisten der eingeteilten Begleiter wohl zu anstrengend.

2012 kamen Schätzungen zufolge – präzise Zahlen liegen nicht vor – lediglich 4.000 Touristen aus Europa und Amerika sowie rund 20.000 aus China. Die Demokratische Volksrepublik Korea ist damit nach Zahlen ein völlig unbedeutendes Reiseziel. Und dennoch ein interessantes Fallbeispiel. Wo, wenn nicht hier muss sich (und kann sich) jeder klar sein, wo seine Devisen landen – und dass es dem Gastland genau auf diese Devisen ankommt und nur auf die Devisen?

Es gibt genügend Länder, in denen nach außen die demokratische Form mehr oder minder geschickt gewahrt wird, unter der Decke jedoch Parteichefs, Diktatoren oder autokratische Cliquen ihre Macht kompromisslos, aber eben wesentlich subtiler absichern. Nicht selten sind Devisen bringende Unternehmen in der Hand von Generälen, die sich im Gegenzug loyal zeigen. Zu diesen Unternehmen gehören nicht selten Urlaubsresorts, es gibt Berichte über Vergnügungsviertel unter der Patenschaft von Militärs, die sich dort wie Mafiapaten die Taschen vollmachen – und ebenso mit Loyalität der Führung gegenüber bezahlen. Nur lassen sich derlei Informationen schwer gewinnen und noch schwerer verifizieren.

Die üblichen Datenbanken für Reisende schweigen sich über solche Sachverhalte aus. Sachdienliche Hinweise bekommt man mit Glück von Einheimischen, doch erfordert es in der Regel schon ein gutes Vertrauensverhältnis, um solche Einblicke zu gewinnen. Fremden gegenüber gilt eher die Devise, auf solch pikante Fragen mit „Ich weiß von nichts“ zu antworten, und es wäre

fast schon freundschaftlich, weil verräterisch, hinzuzufügen: „Und ich will's auch gar nicht wissen.“

Menschenrechte ausgeblendet

Wer sich von einer Internetrecherche Aufklärung verspricht, wird nur zum Teil die Antworten finden, die man zum fairen Reisen braucht. In den einschlägigen Portalen geht es zumeist um die soziale Lage der Beschäftigten und den Umgang mit der Umwelt. Ansonsten berichten vor allem viele weit gereiste Klimaexperten über die Klimaschädlichkeit des weiten Reisens. Menschenrechte werden meist ausgeblendet oder nur am Rande behandelt. Das gilt insbesondere für linksorientierte Regime. So wird faires Reisen zu einer halb garen Angelegenheit.

Man könnte es sich einfach machen und guten Gewissens nur in solche Länder reisen, die das Prädikat „liberal“ tragen. In liberal regierten Staaten werden Menschenrechte konsequent durchgesetzt, das Eigentum ist sicher, die Bevölkerung wird nicht kugeln. Es gibt keine politische Polizei, die Regale sind gefüllt, das Kulturleben ist reichhaltig. Doch je mehr dieser Kriterien man aufzählt, desto mehr Staaten fallen aus dem Raster. Und dieser Befund versetzt nicht gerade in Urlaubsstimmung. ●



Nur wenn man mit Einheimischen ins Gespräch kommt, profitieren beide Seiten, findet **BORIS EICHLER**, der diese Erfahrung als Mitglied eines Organisationsteams in Thailand gemacht hat.

redaktion@libmag.de

REISETIPPS

- Haben Sie ausländische Arbeitskollegen? Fahren Sie gemeinsam in deren Heimat. Sie wissen besser als jeder andere, wie man sich richtig verhält und lassen Sie am Leben des Gastlandes intensiv teilhaben.
- Holen Sie sich Informationen aus erster Hand – von Bekannten aus dem Zielland oder von Freunden und Verwandten, die schon einmal dorthin gereist sind.
- Überlegen Sie selbst, welche Kriterien Ihnen bei Ihrer Reise wichtig sind. Gibt es gesell-

schaftliche oder politische Schmerzgrenzen, die Sie nicht überschreiten wollen?

- Informieren Sie sich über Ihr Reiseland nicht nur beim Auswärtigen Amt, sondern auch bei anderen Organisationen wie zum Beispiel Amnesty International oder Human Rights Watch.
- Fragen Sie den Veranstalter nach den Bedingungen im Gastland. Kleine und spezialisierte Veranstalter wissen meist mehr Details als Callcenter von großen Reiseunternehmen.

- Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich in über 60 Ländern dieser Welt für Menschenrechte ein. Lesen Sie die Berichte der Projektleiter aus den Stiftungsbüros in aller Welt – sie enthalten viele nützliche Informationen aus erster Hand, die Sie nur selten in Zeitungen finden.

Mehr unter: international.freiheit.org.

- Hintergrundpapiere zu Reisen nach Nordkorea und Pakistan finden Sie hier: bit.ly/1CYkTyE

VENEZUELA

Prospektbeschreibung

Atemberaubende Tiersafaris, beeindruckende Nationalparks, abwechslungsreiche Landschaften, der höchste Wasserfall der Welt – die Reise in die **Natur in vollen Zügen genießen**. Schnelllebig, modern und kosmopolitisch – Caracas ist eine der progressivsten Städte Lateinamerikas und immer eine Reise wert. Die Einwohner von Caracas lieben lange Nächte.



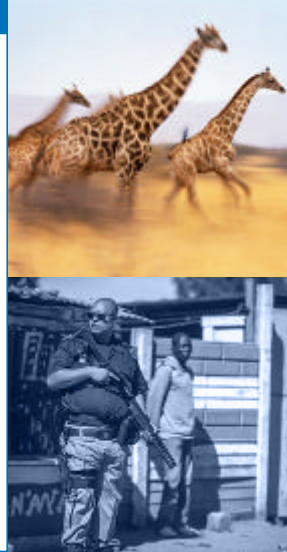
Amnesty International

Amnesty International liegen im Zusammenhang mit den anhaltenden Protesten in Venezuela zahlreiche Berichte über **Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen** von Gefangenen durch Angehörige der Sicherheitskräfte bei der Festnahme, während des Transports und in den Haftanstalten vor. Die Sicherheit der Häftlinge sowie ihr Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren sind ernsthaft gefährdet.

SÜDAFRIKA

Prospektbeschreibung

Machen Sie eine unvergessliche Reise nach Südafrika und erleben Sie ein herrlich sommerliches Klima und Sehenswürdigkeiten en masse. Eine **vielfältige Küche, sommerlichste Temperaturen und imposante Erlebnisse**: auschalreisen nach Südafrika haben einiges zu bieten. Auch die verschiedenen ethnischen Gruppen, ihre Kulturen und Sprachen machen Südafrika so reizvoll.



Amnesty International

Menschenrechtsverletzungen wie exzessive Gewaltanwendung der Polizei gegen Protestierende, mutmaßliche **außergerichtliche Hinrichtungen und Folter** gaben Anlass zur Besorgnis. Es wurden nur schleppend Fortschritte beim Vorgehen gegen **systematische Hassverbrechen** an Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verzeichnet. Menschenrechtsverteidiger waren nach wie vor von Schikane und Gewalttaten bedroht.

Die Länderbeschreibungen stammen aus verschiedenen Reiseprospekten sowie aus den Länderberichten von Amnesty International.

Gefahr in hohen Dosen

Red Bull verdient sein Geld mit einem Getränk in Dosen – verkauft wird es mithilfe einer Marketingmaschine, die von Extremsportlern am Laufen gehalten wird. Die Grenzgänger riskieren dabei Kopf und Kragen. Dürfen die das?

// TEXT // FRANK BURGER

Als Ueli Gegenschatz stirbt, hat er ein Leben am Limit hinter sich. Der Schweizer aus dem Appenzeller Land, zum Zeitpunkt seines Todes 38 Jahre alt, war Extremsportler: Fallschirmspringer, Gleitschirmflieger, Base Jumper, zu Deutsch Objektspringer. Beim Base Jumping springen Menschen von Hochhäusern, Sendemasten, Felsklippen oder Brücken und ziehen im letzten Augenblick den Fallschirm. Gegenschatz war schon vom Matterhorn und vom Eiffelturm gesprungen. Er war der Erste, der sich mit einem sogenannten Wingsuit, einem Flügelanzug, der einen horizontalen Flug mit Geschwindigkeiten von bis zu 250 Kilometer pro Stunde ermöglicht, von Eiger und Jungfrau in die Tiefe gestürzt hatte. Immer wieder lotet der Athlet, der in der internationalen Extremsportlerszene Anerkennung genießt, die Dehnbarkeit der Naturgesetze aus. Er ist kein Hallodri, bereitet sich gewissenhaft auf seine Abenteuer vor. Die schlimmste Verletzung, die er nach fast 20 aktiven Jahren vorzuweisen hatte, ist ein gebrochener Fuß.

Dann kommt der 13. November 2009: Ueli Gegenschatz versucht einen Base Jump vom 88 Meter hohen Sunrise Tower, einem Bürogebäude in Zürich. Er springt und öffnet den Schirm, den plötzlich eine Windböe erfasst, Gegenschatz streift im Fall die Dachkante eines tiefer liegenden Gebäudes und schlägt unkontrolliert auf dem Asphalt auf. Zwei Tage später erliegt er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Hätte der erfahrene Sportler angesichts des windigen Wetters



den Versuch abbrechen müssen? Darüber lässt sich streiten. Ebenso über die Frage, ob er diese Entscheidung überhaupt eigenständig hätte treffen können. Denn Gegenschatz war nicht aus einer Laune heraus gesprungen – die Aktion war eine Werbemaßnahme zur Einführung eines Mobilfunktarifs, ein Marketing-Event seines Sponsors: Red Bull.

Das Brauseimperium aus dem österreichischen Bad Fuschl hat weltweit mehr als 500 Athletinnen und Athleten aus dem Extremsportbereich unter Vertrag: Vertreter aller Spielarten des freien Falls, Trickskifahrer, Kunstflugpiloten, Freeclimber, Kitesurfer, Motorradartisten, Snowboarder. Männer und Frauen, die unaufhörlich die Grenzen des Machbaren erweitern und deren Heldentaten Red Bull in unzähligen Bildern, Videos und Texten erzählt. Sie sind die perfekten Botschafter eines Getränks, das laut Markenversprechen „Flügel verleiht“. Doch schon die Sage von Ikarus lehrt: Wer mit geliehenen Flügeln dem gefährlichen Glanz des Glücks zu nahe kommt, kann dabei sein Ende finden.

Ueli Gegenschatz ist nicht der einzige von Red Bull gesponserte Sportler, der im Rahmen von Marketingaktionen für das Unternehmen ums Leben gekommen ist. Im selben Jahr wie der Schweizer starben der kanadische Skifahrer und Base Jumper Shane McConkey und der US-amerikanische Fallschirmspringer Eli Thompson, 2013 stürzte der bayerische Pilot und Stuntman Guido Gehrman mit einem Mini-Jet ab. Auch wenn es diese Todesfälle nicht gegeben hätte, ist klar: Extrem-

Am Limit gelebt:

Wingsuitflyer Ueli Gegenschatz beim Absprung aus 4.500 Metern. Er starb 2009 im Alter von 38 Jahren bei einem Sprung von einem Bürogebäude in Zürich.

Fotos: Red Bull; Picture Alliance / AP





Goldjungs: Dietrich Mateschitz, Chef von Red Bull und Besitzer des gleichnamigen Formel-1-Rennstalls, mit dem viermaligen Weltmeister Sebastian Vettel, der inzwischen für Ferrari fährt.

sportarten bergen immer die Gefahr schwerer Verletzungen bis hin zum Verlust des Lebens - dieses Risiko macht einen großen Teil ihrer Faszination aus, sowohl für die Aktiven selbst als auch für das Publikum.

Aber was bedeutet es, wenn diese Grenzgänger von einem Unternehmen zu Marketingzwecken bezahlt werden? Verleitet sie ein Sponsoringvertrag oder die Hoffnung, einen solchen Kontrakt zu erhalten, größere oder gar zu große Risiken einzugehen, um gegenüber Konkurrenten hervorstechen? Falls das zutrifft: Trägt der Geldgeber dann eine Verantwortung für die Risikobereitschaft seiner Athleten? Oder sollten die Sportler als kühl kalkulierende Erwachsene betrachtet werden, deren Geschäftsmodell „Geld gegen Gefahr“ lautet? Und welche Auswirkungen hat das draufgängerische Markenimage eigentlich auf die Konsumenten?

Die Antworten auf diese Fragen können ganz unterschiedlich ausfallen, je nachdem, an wen man sich wendet: gesponserte Athleten, Marketingexperten oder Wirtschaftsethiker, und natürlich Red Bull. Es wäre wichtig und interessant gewesen zu erfahren, was die Firma über diese Themen denkt. Aber Red Bull schweigt, mehrmalige Anfragen blieben unbeantwortet.

Einer, der kein Blatt vor den Mund nimmt, ist Matthias Dolderer. Der Pilot aus dem schwäbischen Ochsenhausen fliegt seit 13 Jahren für die „Flying Bulls“, eine Flotte historischer bis außergewöhnlicher Flugzeuge, die dem Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz gehört. Seit 2011 ist der 45-Jährige außerdem bei Motorkunstflug-Veranstaltungen und Luftrennen seines Sponsors im Einsatz.

Dolderer sagt: „In meinem Job gehe ich ein kalkulierbares Risiko ein, das ich so weit wie möglich minimiere. Ich treffe meine eigenen Entscheidungen, ich setze die Limits. Red Bull erwartet von mir und den anderen Piloten nicht, dass wir besonders waghalsige Manöver fliegen oder uns unnötigen Gefahren aussetzen - wenn irgendetwas nicht passt, sei es die Technik,

das Wetter oder weil ein Pilot nicht ganz gesund ist, bleiben wir am Boden.“

Natürlich kennt der Pilot das Schicksal von Guido Gehrman, der ebenfalls Mitglied des Flying-Bulls-Teams war. „Es ist sehr schade, wenn Sportler ums Leben kommen, während sie ihrer Passion nachgehen“, sagt Dolderer. „Doch der Sponsor ermöglicht es uns überhaupt erst, diese Leidenschaft auszuleben, Training und Geräte kosten viel Zeit und Geld, ohne diese Unterstützung kann man nicht in die Weltelite vorstoßen. Und Unglücke werden immer wieder geschehen, ob mit oder ohne Sponsor.“

Ist das Fatalismus? „Ich würde eher sagen, dass Extremsportler eine andere Kosten-Nutzen-Abwägung vornehmen als der Durchschnittsbürger“, sagt Christoph Breuer, Professor am Institut für Sportökonomie und Sportmanagement der Deutschen Sporthochschule Köln. „Auch für diese Athleten gilt der Steigerungsimpuls des Sports. Bei Extremdisziplinen mit ihren immanenten großen Gefahren bedeutet es, dass die Sportler ein größeres Risiko eingehen, um ihren Grenzbereich hinauszuschieben. Das stiftet ihnen einen höheren Nutzen. Wenn man die Freiheit des Individuums befürwortet, muss man dieses Kalkül in Kauf nehmen.“

So ist es auch für Axel Naglich normal, immer größere Herausforderungen in den Gebirgen dieser Erde zu suchen. Der Österreicher aus Kitzbühel ist Extremskifahrer, der auf die höchsten Berge hinaufklettert, um sie anschließend auf Skiern hinunterzufahren. In Alaska, Russland, Neuseeland, Südamerika oder im Himalaya. Schon seit 1992 wird er dabei von Red Bull unterstützt, mit Ausrüstung, Geld und in Sachen PR.

Das Athletenprofil des 47-Jährigen auf der Red-Bull-Website ist untertitelt mit dem Motto „Wenn alles gut geht, bist du ein Held. Wenn nicht, bist du tot.“ Über die wirklichen Todesfälle der Vergangenheit sagt Naglich: „Viele von ihnen waren meine Freunde. Ich finde es aber zu banal, die Schuld dafür bei einem der oft zahlreichen Sponsoren zu suchen. All jene Verunglückten, die ich kannte, haben ihren Sport freiwillig ausgeübt, sie waren sich bewusst, welche Konsequenzen er haben kann. Mir ist kein Fall bekannt, bei dem Druck auf die Athleten ausgeübt wurde, mehr zu wagen, als vernünftig wäre.“ Es sei vielmehr die Konkurrenz der Sportler untereinander, die „die Risikobereitschaft zwangsläufig immer wieder erhöht“, so Naglich.

Dass die Wettbewerbssituation als grundsätzlich positiv empfunden wird, liegt nahe bei Sportlern, die international zur Spitze ihrer Sparte zählen. So wie Christian Schiester, der als einer der besten Extrem-
läufer der Welt gilt. Der Österreicher ist mehrere Tage



**„Wenn alles
gut geht, bist
du ein Held.
Wenn nicht,
bist du tot.“**

AXEL NAGLICH



Flying Bulls: Der deutsche Pilot Matthias Dolderer (links) und Hannes Arch (oben) aus Österreich bei der Red Bull Air Race World Series in Abu Dhabi.

durch die Sahara gerannt, hat laufend den Dschungel am Amazonas durchquert, die Antarktis und den Himalaya durchmessen und genießt den Wettstreit: „Konkurrenz ist für intensive Momente immer gut, denn die lässt unglaubliche Kräfte in einem Menschen entstehen. Dann wachsen auch jene Gedanken, die er später für den Rest seines Lebens positiv einsetzen kann.“

Der habilitierte Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann begegnet dem Lob der Konkurrenz mit Skepsis, und er sieht die gesponserten Athleten sehr wohl unter Druck durch das Unternehmen. Der Gründer des Berliner Thinktanks MeM - Denkfabrik für Wirtschaftsethik sagt: „Extremsport lebt davon, dass die Aktiven ihre Grenzen permanent ausweiten und immer größere Risiken eingehen. Den Wettbewerb zwischen den Athleten, der so entsteht, facht Red Bull weiter an. Nur noch spektakulärere Events sorgen für Aufmerksamkeit. Dabei weiß der Sportler: Ein Marketing-Event, das mir zu riskant erscheint, könnte ich vielleicht noch abblasen. Doch früher oder später würde ich durch einen anderen ersetzt. Das muss der Sponsor ihnen nicht einmal sagen. Eigentlich ergibt sich aus dem - gewollten - Risiko der Sportvorführungen eine erhebliche Fürsorgepflicht des Unternehmens gegenüber den von ihm ökonomisch abhängigen Artisten.“

Doch widerspreche der „Steigerungsimperativ“, der der Red-Bull-Marketingstrategie zugrunde liege, dieser Verantwortung, so Thielemann. „Hier treffen zwei Logiken aufeinander.“ Daher dürfte es immer wieder zu schweren Verletzungen oder gar Todesfällen kommen. „Im Grunde ist das Marketingkonzept von Red Bull moralisch zum Scheitern verurteilt. Aber das heißt nicht, dass es in einem liberalen Rechtsstaat

auch sanktioniert werden könnte.“ Der Wirtschaftsethiker kritisiert darüber hinaus die Werte, die der Getränkehersteller durch seine Markenbotschafter propagiert: „Wir leben in Zeiten eines gigantischen Statuswettbewerbs, in dem nicht nur ein dickes Auto und Geld in der Tasche zählen, sondern auch das Streben nach Heldenhaftigkeit. Man ist Star oder Underdog. Red Bull bedient mit seinem Marketingkonzept ein Publikum, das dieses Heldentum feiert, und bestärkt so die höchst fragwürdigen gesellschaftlichen Anerkennungsverhältnisse.“

Der Erfolg bei den Konsumenten ist gigantisch: Im vergangenen Jahr verkaufte Red Bull 5,3 Milliarden Dosen des geschmacklich an flüssige Gummibärchen erinnernden Getränks und erzielte damit mehr als fünf Milliarden Euro Umsatz. Die Masche, die dieses Ergebnis ermöglicht hat, nötigt dem Kölner Ökonomen Christoph Breuer Respekt ab: „Red Bull waren die Ersten, die klar und systematisch auf den Extremsportbereich gesetzt haben, damit hat das Unternehmen ein sehr gutes Marketinggespür bewiesen. Und es ist bemerkenswert, wie wenig die Unfälle der Marke bis jetzt geschadet haben. Ich würde nie behaupten, dass sie sogar von Nutzen waren. Aber man könnte spekulieren, ob sie bei manchen Kundengruppen das Bild einer ‚gefährlichen‘ und damit attraktiven Marke geschärft haben.“

Ulrich Thielemann sagt dazu: „Es gibt auch moralisierende Marktkräfte, die man nicht unterschätzen sollte. Wenn eine Aktion spektakulär schiefginge oder sich die Unfälle häufen würden, könnte sogar eine Marke wie Red Bull plötzlich schmutzig sein - und weg vom Fenster.“ ●



FRANK BURGER, freier Journalist aus Hamburg, hat am 17. Juni 1994 zum ersten und einzigen Mal eine Dose Red Bull getrunken, und zwar im Rahmen einer für ihn extremen sportlichen Leistung: Burger fuhr an diesem Tag mit einem Fahrrad ohne Gangschaltung 220 Kilometer von Heidelberg nach Freiburg, um dort das Eröffnungsspiel der Fußball-WM anzuschauen – an der Tankstelle kurz vor dem Ziel war die rosa Brause das einzige gekühlte Getränk.
redaktion@libmag.de

**Immer für ein Kabinettstück-
chen gut:** Boris Johnson im Mai
2009 bei Madame Tussauds nach
der Enthüllung seines
Wachsfigurendoubles.

TOP OF THE POPS

Londons Bürgermeister Boris Johnson wird auf der Insel alles zugetraut – sogar das Amt des Premierministers. Bislang liegt sein politisches Verdienst vor allem darin, dass er der Linken das Monopol auf Urbanität und Hipness entrissen hat. Zudem gilt er als liberalkonservativer Freak und politischer Homo ludens. Das Spielerische, das den meisten Politikern abgeht, liegt ihm im Blut.

// TEXT // HANSJÖRG MÜLLER

Vermutlich fürchtet Großbritanniens konservativer Premierminister David Cameron ihn mehr als Ed Miliband, den Oppositionsführer von der Labour-Partei: Boris Johnson (50), Londoner Bürgermeister, Parteikollege des Regierungschefs und unter den Politikern im Vereinigten Königreich der Verhaltensauffälligste. „Ich habe immer gesagt, dass ich meinen Starspieler auf dem Feld haben will“, schrieb Cameron auf Twitter, nachdem Johnson im September seine Kandidatur für das Unterhaus angekündigt hatte. Dass das ehrlich gemeint war, glaubte in Westminster wohl nicht einmal der naivste Beobachter: Wenn einer wie Johnson ins Parlament will, darf man getrost davon ausgehen, dass er die nahe Downing Street im Visier hat. Der Mann sitzt Cameron im Nacken – und das seit gemeinsamen Oxforder Studententagen.

Die Rollenverteilung ist bis heute dieselbe geblieben: Cameron, der immer etwas steif wirkende Musterstudent, und Johnson, das lustvoll-chaotische Enfant terrible. Damals, in den 80er-Jahren, gehörten beide dem Bullingdon-Club an, einem exklusiven Bund junger Burschen aus der Upperclass, der die braven Einwohner der ehrwürdigen Universitätsstadt durch nächtliche Alkoholexzesse in Angst und Schrecken versetzte. Bezeichnend ist, was Zeitzeugen berichten: Während sich der vorsichtige Cameron meist so unauffällig wie möglich davonmachte, wenn seine Trinkkumpane es besonders bunt trieben, soll der robustere Johnson mehr als einmal vor der Oxforder Polizei geflohen sein. Ingeheim mag einer den anderen beneidet haben: Cameron beendete sein Studium mit Auszeichnung, Johnson mit einer B-Note. Eine Demütigung, die ihm laut eigener Aussage schlaflose Nächte bereitete. Nach außen hin mag er das Bild eines Spaßmachers abgeben, doch ist er eben auch das, was die Deutschen – ins Englische unübersetzbar

– einen Bildungsbürger nennen. „Als Kind“, so erinnert er sich, „war ich extrem picklig, ein totaler Nerd und furchtbar streberhaft. Unter einem guten Tag stellte ich mir vor, mit der U-Bahn durch London zu fahren, um das Britische Museum zu besuchen.“

Johnsons Karriere verlief nicht unbedingt geradlinig. Bei der *Times*, die ihm seinen ersten Job gab, wurde er 1987 gefeuert, nachdem herausgekommen war, dass er ein Zitat erfunden hatte. Ein Dämpfer, aber kein Absturz: Max Hastings, den damaligen Chefredakteur des *Daily Telegraph*, kannte Johnson aus Oxforder Tagen. So kam es, dass er schon bald beim konservativeren Konkurrenzblatt der *Times* anheuerte. Dort fiel er vor allem durch seinen exzentrischen Schreibstil auf – und dadurch, dass er nach Feierabend lieber Banker traf, als die einschlägigen Journalisten-Pubs zu frequentieren. Einem breiteren Publikum bekannt wurde er als Korrespondent des *Telegraph* in Brüssel, wohin er 1989 versetzt wurde. Abgesehen von Boulevardblättern wie der *Sun* oder der *Daily Mail* schoss keiner schärfer gegen die EU-Kommission unter ihrem damaligen Präsidenten, dem Franzosen Jacques Delors.

Souffleur der Mächtigen

Premierministerin Margaret Thatcher soll damals einen Gutteil ihrer Informationen dem *Telegraph* entnommen haben. Innerhalb der Konservativen Partei gewannen die Euroskeptiker in jenen Jahren endgültig die Oberhand. Der Korrespondent war zum Souffleur der Mächtigen geworden. Und er wurde zur Celebrity: Johnson trat nun in der BBC-Quizshow „Have I Got News For You“ auf. 1995 hielt Moderator Ian Hislop ihm dort seine Bekanntschaft mit Darius Guppy vor, einem dubiosen britisch-iranischen Geschäftsmann, den Johnson seit seiner Schulzeit im Eliteinternat Eton kannte. Johnson schoss zurück,



Im Garten Dianas: Londons Bürgermeister Boris Johnson hilft Angestellten des Royal Botanical Garden, das Gewächshaus „Princess of Wales“ für die Sommersaison vorzubereiten.

»



Selfie mit Boris:

Johnson auf Wahlkampf tour in Ealing and Twickenham (o.). Auch was das Schuhwerk angeht, bricht der Brite gerne mal mit den guten Sitten seines Landes (u).



indem er enthüllte, dass sämtliche Pointen der Sendung im Voraus minutiös geplant wurden. Ein Beispiel für seine phänomenale Schlagfertigkeit, die ihn bereits in Oxford bekannt und gefürchtet gemacht hatte: Ein Schlawiner, der sich aus jeder Situation mit der besseren Pointe herausredet. „Ich habe einmal Kokain probiert, aber ich musste niesen, sodass nichts die Nase hochging. Aber vielleicht war's ja eh Traubenzucker“, sagt er Jahre später, nun schon als Londoner Bürgermeister, als ihn ein Journalist zu etwaigen Drogenerfahrungen befragte.

1999 ernannte Conrad Black, der Verleger des *Daily Telegraph*, Johnson zum Chefredakteur des *Spectator*. Er machte das Blatt zu einem Debattenmagazin, das vor allem eines war: unberechenbar. Sein Konzept sei, dass Autoren hier „in uneingeschränkter Offenheit über sich selbst, Politik, Sex, Kunst, Essen und Tod“ schreiben könnten, bemerkte Johnson 2003 anlässlich des 175. Geburtstags der Zeitschrift. Es war eine aufregende Zeit: Von einer „Explosion der Libido bei dem altehrwürdigen Magazin“ schrieb der *London Evening Standard*, die Boulevardpresse redete gar vom „Sextator“. Johnson selbst hatte eine Affäre mit Petronella Wyatt, der New Yorker Korrespondentin. Sein Stellvertreter Rod Liddle brach sogar seine Hochzeitsreise in Südostasien ab. Er habe dringende Geschäfte zu erledigen, schwindelte er seiner Angetrauten vor, um in London seine Affäre mit der Empfangsdame des *Spectator* fortzusetzen. Nie war konservativer Journalismus glamouröser, amüsanter und unkonventioneller als beim *Spectator* unter Boris Johnson.

Für Johnson war die Affäre mit Wyatt nur eines von zahlreichen außerehelichen Abenteuern. Jahre später, da war er bereits Bürgermeister, warf seine Frau ihn „wie eine streunende Katze“ (Johnson) hinaus. Vorher hatte eine andere sein fünftes Kind geboren. Ein amerikanischer Konservativer wäre erledigt gewesen. Johnson dagegen ging unbeschadet aus der Angelegenheit hervor. Einzig sein Amtsvorgänger und Widersacher Ken Livingstone mochte den Stab über ihn brechen. Ob er Johnson persönlich denn möge, fragte ihn der *Spectator*. Livingstone: „Jeder, der ihn nicht kennt, mag ihn, aber die Leute, die ihm nahegekommen sind, verabscheuen ihn.“

Größere Brüste als Wahlversprechen

Kontinentaleuropäer mögen nun fragen: Kann man einen solchen Mann ernst nehmen? Wäre Johnson Deutscher, seine politische Karriere könnte nie zu Ende gehen, denn sie hätte gar nie begonnen. Doch die Briten lieben Exzentriker. „Johnson hat eine Begabung, die man in der Politik nur selten antrifft: Er macht den Leuten bessere Laune“, schreibt sein Biograf Andrew Gimson. „Wenn Sie die Konservativen wählen, bekommt Ihre Frau größere Brüste und Sie haben bessere Chancen auf einen BMW M3“, behauptete er; als er sich 2008 ein erstes Mal um das Amt des Londoner Bürgermeisters bewarb. Die Überraschung gelang: Johnson schlug Ken Livingstone, ein Labour-Relikt, das schon Margaret Thatcher den Frühstücks-Porridge vermiest hatte. Der Spaßmacher, als den viele ihn noch immer sehen, verwaltet seither ein Budget von mehr als elf Milliarden Pfund. Das Gesicht der Stadt hat er gründlich verändert: Den Routemaster brachte er den Londonern wieder, jenen legendären roten Doppeldeckerbus, den sein Vorgänger durch profane Gelenkbusse ersetzt hatte. Vom „Boris Bus“ war bald die Rede – und von den „Boris Bikes“, Leihfahrrädern, durch deren Einsatz die Stadtverwaltung hoffte, die chronisch überfüllte U-Bahn zu entlasten. Seine Exkollagen beim *Spectator* taufen London kurzerhand in „Borisopolis“ um: Ein Mann prägt eine Metropole.

Johnson ist ein politischer Homo ludens: Das Spielerische, das den meisten Politikern abgeht, hat er im Übermaß, vielleicht auch, weil er darum weiß, dass Politik nicht alles ist. Es ist die Perspektive dessen, der auch in antiker Geschichte zu Hause ist: „Politik ist, in Kreisläufen unterschiedlicher Länge, die ständige Wiederholung eines der ältesten Mythen menschlicher Kultur, nämlich, wie wir Könige für unsere Gesellschaft hervorbringen und sie dann nach einiger Zeit wieder töten, um eine Art Neugeburt zu erreichen“, schrieb er.

Doch wofür steht Boris Johnson politisch? Sind andere hart in der Sache, aber konziliant im Auftreten, gibt er sich schrill im Auftritt, doch in der Sache eher versöhnlich: Johnson ist ein gemäßigter Tory, ein Konservativer in der One-Nation-Tory-Tradition Benjamin Disraelis, des großen konservativen Premiers des 19. Jahrhunderts, der die tiefen sozialen Gegensätze seiner Zeit überwinden wollte und als einer der Väter der britischen Sozialversicherungen gilt. Johnsons eigentliches politisches Verdienst liegt wohl darin, dass er der Linken das Monopol auf Urbanität und Hipness endgültig entrissen hat. Ein liberalkonservativer Freak, passend zu London, Europas letzter wahrhaft globalisierungstauglicher Stadt, dem einzigen Ort des alten Kontinents, der es verdient, in einem Atemzug mit New York, Shanghai oder Mumbai genannt zu werden. Johnsons Herkunft passt bestens dazu: eine multikulturelle Promenadenmischung, verfügt er über türkische, britische und deutsche Vorfahren. Er selbst nennt sich einen „Ein-Mann-Schmelztiegel“.

Seinen Zuhörern weit voraus

Boris Johnson scheint immer er selbst zu sein, er wirkt, um ein journalistisches Modewort zu gebrauchen, „authentisch“. Anders David Cameron: Dessen einstige Stärke ist heute seine Schwäche. Gelang es ihm als Oppositionsführer noch, seine Partei, die damals als Refugium erzkonservativer, tendenziell fremdenfeindlicher alter Männer galt, wieder wählbar zu machen, indem er sich selbst als Tory neuen Typs inszenierte – volksnah, grün und mitfühlend –, so weiß heute keiner mehr, wer Cameron eigentlich ist und wofür er steht. Fährt Cameron mit dem Fahrrad ins Parlament, kommt hinterher heraus, dass ihm ein Auto hinterherfuhr, um seine Akten zu transportieren, und der Premier steht in der Öffentlichkeit dumm da. Fährt Johnson dagegen Rad, sind alle hin und weg – wahrscheinlich auch, weil er als Einziger einen Rucksack zum Anzug tragen kann, ohne wie ein provinzieller Biologielehrer auszusehen. Ein Mann, der nach seinen eigenen Regeln lebt. Seine Redeweise ist fahrig, er beginnt Sätze und scheint selbst kaum zu wissen, wo diese einmal enden werden. Lächerlich wirkt er dabei nie, eher wie einer, der seinen Zuhörern weit voraus ist.

Seit den Wahlen vom 7. Mai vertritt er den Londoner Wahlkreis Uxbridge and South Ruislip in Westminster. Darüber, was noch kommt, hat er sich zwar geäußert, doch ernst nimmt das niemand. „Meine



Eigene Edition: Boris Johnson mit dem von der Firma Gunn & Co. handgefertigten „The Original Boris Bike“.

Chancen, Premierminister zu werden, sind wahrscheinlich so groß wie jene, Elvis auf dem Mars zu finden. Oder die Wahrscheinlichkeit, dass ich als Olive wiedergeboren werde.“ Sollte es nichts werden mit dem Aufstieg zum Regierungschef Ihrer Majestät, er hätte eine Alternative: Kürzlich hat Johnson sich selbst als Moderator der Autosendung „Top Gear“ ins Gespräch gebracht, als Nachfolger des legendären Schandmauls Jeremy Clarkson, der wegen seiner politischen Unkorrektheit von den BBC-Oberen gefeuert wurde. Wahrscheinlich ist Boris Johnson der einzige Politiker der westlichen Hemisphäre, dem man auch dieses hohe Amt ohne Weiteres zutrauen würde. ●



HANSJÖRG MÜLLER studierte Geschichte und Germanistik in Tübingen und Berlin. Heute ist er als Redakteur bei der *Basler Zeitung* tätig, wo er sich schwerpunktmäßig mit außenpolitischen und kulturellen Themen beschäftigt. Veröffentlichungen ausserdem in der *Weltwoche* (Zürich) und *Il Foglio* (Rom).
h.j.f.mueller@gmail.com

BILDUNG OHNE ERNSTFALL BILDET NICHT

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist in über 60 Ländern mit Projekten aktiv. Sie unterhält in rund 50 Ländern eigene Büros. Sie verfolgt weltweit Verteilungsdebatten um Ressourcen und Chancen. Jedes Land sucht seinen Platz - ökonomisch, kulturell, politisch und gesellschaftlich. Es gibt prosperierende Gemeinwesen, scheiternde oder gescheiterte Gemeinwesen, Diktaturen und Menschenrechtsverletzer, Newcomer. Verschiedene Akteure mit neuen und alten Programmen treten auf, einige plädieren für einen neuen Protektionismus, andere wollen die offenen Märkte nicht verspielen. Es gibt vieles. Eines gibt es nicht mehr: Stammplätze. Es gibt Auf- und Absteiger.

Der Aufstieg und Fall von Nationen ist nicht allein bedingt durch Rohstoffreserven. Ihre Kultur, ihre Einstellungen, ihre Fähigkeit zu Problemlösungen und Kompetenz im Wandel sind die entscheidenden Faktoren. Die Offenheit einer Gesellschaft, die Herrschaft des Rechts, vertrauenswürdige Regierungen und unabhängige Institutionen - und vor allem Bildungschancen sind es. Sie sind das Paket für die Zukunft.

Eine reine Steigerung der Bildungsausgaben allein reicht zu ihrer Grundlegung allerdings nicht aus, wie wir hierzulande sehen. Auch nicht mehr Unterricht noch neue Lehrpläne. Ebenso wenig die Zuständigkeitsdiskussion zwischen Bund und Ländern, Schulformdiskussionen und auch nicht ein Zentralabitur. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, wie mancher Bildungsgipfel sie erzeugt. Es geht um Kompetenzen. Es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber auch darum, wie Haltungen, Werte und Einstellungen im Elternhaus vorgelebt werden. Der Tugendkatalog der Freiheit sind Lernen und individuelle Mühe (Dahrendorf). Sie sind auch das Ethos der Solidarität. Darauf wird in Deutschland aber zu wenig trainiert.

Das Leben ist eine Art Großbaustelle, schrieb Schwanitz in seinem Buch über Bildung. Man braucht ein komplexes Ensemble von Fähigkeiten, von Wissen und Können, von Charakter und Haltung,

von Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikationen. Originalität, Risikobereitschaft, Neugier und Fantasie, Einfallsreichtum und auch Mut zu Unbefangenheit, Kreativität und soziale Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit, wertorientiertes und zugleich problem-lösendes Denken sind Megakompetenzen, derer eine freiheitliche Gesellschaft bedarf, wenn sie freiheitlich bleiben will.

Bildung, das wussten große Pädagogen schon immer, braucht die Freiheit, die es erlaubt, den Stoff auch unter erzieherischen Gesichtspunkten der Orientierung im Leben auszuwählen. Ein Unterfangen,

das bis heute den Kern der Diskussion um G8/G9 an Gymnasien ausmacht und von manchen Lehrern wie Eltern gleichermaßen unterkomplex vermittelt wird. Stoffhuberei braucht ein neunjähriges Gymnasium, exemplarisches Lernen kann in acht Jahren zum Abitur führen. Vorrangig ist, dass man Maßstäbe hat, um sich zu bilden. Lehrer müssen dabei mit ihrer ganzen Person hinter dem stehen, was sie

vermitteln. Sie müssen den Heranwachsenden erklären können, warum das wichtig ist, was sie im Unterricht behandeln, und sie müssen sich versichern, dass es auch ankommt. Wer die soziale Relevanz des Lernens begreift, der wird sich anstrengen.

Je leistungsfähiger wir unsere Schulen machen, umso wirksamer und auffälliger wird der Unterschied der Befähigung aus solchen sozialen und kulturellen Herkunftsmilieus.

Unser Wissen wird immer bedeutsamer, die Kompetenz seines Erwerbs immer entscheidender, das eigene Selbstorganisationstalent, die Kooperations- und Gemeinschaftsfähigkeit unverzichtbar. „Aber die Vorstellung ist ganz einfach lebensfremd, dass die Ungleichheit im Niveau der Chancennutzung jemals bildungs- oder sozialpolitisch einfach egalisiert werden könnte, wie immer wir uns auch anstrengen und um Chancengerechtigkeit bemüht sind.“ (Di Fabio).

Der Zufall bei der Kombination unserer Erbanlagen macht uns alle einzigartig. Aber viele eben auch einzigartig unterschiedlich. Es gibt eben Menschen, die mit angebotenen Chancen absolut nichts anzufangen wissen. Deshalb ist es so unproduktiv, wenn sich Politik



in Schulstrukturdebatten aufreißt. Was nutzt eine längere Grundschulzeit, was bringt eine Einheitsschule, wenn eklatante Unterschiede, die vorher ihren Ursprung haben, schon in den ersten Schuljahren deutlich werden.

Pestalozzi schrieb vor 200 Jahren: „Die erste Stunde des Unterrichts ist die Stunde der Geburt. Es ist daher die Aufgabe der Eltern, den Elementarunterricht der Kinder zu gewährleisten.“ Die Schule kann nicht alles. Sie kann das Elternhaus nicht ersetzen. Kinder brauchen eine anregungsfreundliche Umgebung und eine zivilisatorische Mitgift. Wer sich morgens das Hemd am oberen Knopf nicht richtig zuknöpft, der kommt auch unten nicht klar.

Lehrer müssen die Fähigkeit haben, die unterschiedlichen und besonderen Talente der Kinder früh aufzuspüren und zu fördern, sie nicht abzuschreiben, sondern sie zu entwickeln und die soziale Relevanz des Lernens zu vermitteln. Bildung kann nie eine Absenkung des Niveaus zulassen. Das gegenwärtig in Mode kommende Schreiben nach Gehör ist kein pädagogisches Weltkulturerbe, sondern eher unterlassene Hilfeleistung. Bildung braucht die Begegnung mit anspruchsvollen Unterrichtsinhalten und mit Persönlichkeiten vom Kindergarten über Schulen und berufliche Bildung bis in die Hochschule. Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit sind dabei nicht identisch mit Ergebnisgleichheit. Chancen sind keine Garantien. Sie werden erst durch eigene Anstrengungen zu gelebten Biografien.

Eine demokratische Gesellschaft muss Auswahl und Pflege der Begabungen zu ihren Anliegen machen. Nur wer das Beste nach seinem jeweiligen Vermögen lernt, kann auch sein jeweils Bestes geben. Die Fülle der Begabungen lässt sich nur ausschöpfen, wenn man bereit ist, sich auf jedes einzelne Kind zu konzentrieren. Es ist doch ganz selbstverständlich, dass nur der, der die Breite fördert, auch die besonders Begabten erreichen kann. Ohne Viele keine Elite. Auch die Besten brauchen ein aufnahmebereites Umfeld. Wer die Arbeit und Pflege der Begabungen behindert, macht nichts herrschaftsfreier und demokratischer. Er verhindert nur, dass einige mehr leisten können, und macht eine Gesellschaft geistig und wirtschaftlich ärmer.

Wenn eine demokratische Gesellschaft sich von einer autoritären unterscheiden will, dann muss sie hervorgehobene Positionen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Religion möglich machen, aber nicht unabhängig von Befähigung und Leistung. Und sie muss das Ausbildungssystem differenzieren, die Verschiedenheit der Begabungen und Neigungen entwickeln und sie produktiv wirksam werden lassen. Dabei bedeutet Erziehung zur Leistung stets zugleich die Erziehung zur Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft; ganz altmodisch, aber zutreffend: zu jenen Tugenden, die die Qualität einer Gesellschaft ausmachen. Zu Glaubwürdigkeit und Vorbildcharakter, zu Maßstäblichkeit bei zivilisatorischen Standards und zu menschlichem Maß.

Wir sollten uns umschauen. Die skandinavischen Länder, bei denen alle erreichbaren Studien zeigen, dass Bildungserfolg und soziale Herkunft nicht so hochgradig ausschlagend sind wie in



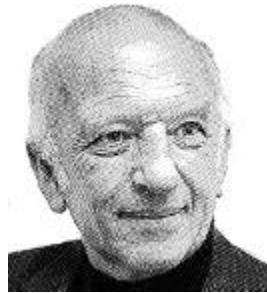
Deutschland, haben Bildungspolitik viel stärker zu einem integralen Bestandteil ihrer Politik zur sozialen Sicherheit gemacht. Ihre Tradition ist darauf ausgerichtet, sowohl in die individuelle Bildung als auch in die Absicherung gegen Risiken im Lebensverlauf zu investieren. Sie sehen die Notwendigkeit, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein starkes Potenzial zur Entfaltung eigener Möglichkeiten zu geben. Sie verbinden die Chancen für den Statuserwerb gleichzeitig mit hohem Niveau garantierter Lebensqualität über eine Statussicherung. Im Unterschied zu dieser Grundeinstellung unserer skandinavischen Nachbarn setzt Deutschland den Schwerpunkt eindeutig auf die soziale Sicherung. Damit herrscht hierzulande ein Ungleichgewicht zwischen Statuserwerb und Statussicherung. Das ist eine „wenig innovative Wohlfahrtsauffassung“ (Hurrelmann). Sie hat Konsequenzen für die Qualität von Schulen und Hochschulen, die Zahl der Schulabbrecher sowie für die Ausbildungsreife und begründet - wie schon bemerkt - die stärkere Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft als in manch anderen Ländern.

Voraussetzung für die bessere Bildung in Deutschland ist nicht die Schulorganisation und die Schulformdiskussion, sondern die grundsätzliche politische Entscheidung für eine bessere und ausgewogene Konzeption von Statuserwerbs- und Statussicherungspolitik.

Deutschland investiert viel in die Absicherung gegen Risiken. Aber wenig in den Aufbau von Chancen. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„DA WO'S ZU WEIT GEHT,
FÄNGT DIE FREIHEIT ERST AN.“

WERNER FINCK

Ich finde, es geht nichts über eine ordentliche Beleidigung. Unvergessen, wie der Grantlkönig Eckhard Henscheid den SPD-Dichter Heinrich Böll abwatschte („steindumm, kennntnislos und talentfrei“). Oder sich der große Augstein den noch größeren Franz Josef Strauß zur Brust nahm („Ein Ellbogengenie, das lächelt, wenn es lügt“). Es gilt in Deutschland als unfein, über andere Menschen schlecht zu reden. Das kann man doch nicht sagen, heißt es dann, das geht zu weit. Aber Werner Finck hat recht: Da, wo's zu weit geht, fängt die Freiheit erst an.

Die Spottlust steht am Anfang der Aufklärung. Der Freiheitsgrad einer Gesellschaft lässt sich ziemlich verlässlich daran bemessen, wie die Obrigkeit mit Leuten umspringen kann, die nach ihrem Geschmack zu frech und zu aufsässig sind. Nicht mehr im Gefängnis schmoren zu müssen, wenn sich einer auf den Schlips getreten fühlt (oder schlimmer: mit einem Mühlstein um den Hals am Grund eines Sees zu enden), ist eine der großen Errungenschaften der Moderne. Alles, was wir an Meinungsfreiheit schätzen, folgt von dort.

Es ist noch nicht so lange her, da reichte ein falscher Satz, um sich Karriere und Gesundheit zu zerstören. Dem Rechtsanwalt William Prynne ließ der englische König Karl I. wegen einer Theaterkritik beide Ohren vom Kopf säbeln. Die angebliche Beleidigung

waren vier Worte, die Königin Henrietta als Anspielung verstanden hatte: „Schauspielerinnen sind gewohnheitsmäßige Huren.“ Die Königin hatte kurz nach Erscheinen der Schrift eine Rolle in einer dramatischen Darstellung am Hof übernommen, ein dummer Zufall, wie man so schön sagt. Das Schlimmste, was einem heute im aufgeklärten Teil Europas passieren kann, ist ein Beleidigungsprozess vor dem Landgericht. Nur in Russland sind sie gerade wieder auf dem Weg in die andere Richtung.

Wie überall im Leben gilt auch bei der Schmähkritik, dass Dummheit jede Freiheit verhunzt. Die wahre Kunst ist die Beleidigung nach oben. Menschen herabzusetzen, die ohnehin schon klein sind, ist billig. Das schönste Spottwort ist nichts wert, wenn das Urteil über denjenigen, dem man es verpasst, längst gefallen ist. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Jan Fleischhauer ist Kolumnist beim *Spiegel* und dort der einzige Redakteur nach Rudolf Augstein, der öffentlich bekannt hat, bei den letzten beiden Bundestagswahlen die Liberalen gewählt zu haben.

jan_fleischhauer@spiegel.de

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Abidjan Stuttgart Bangkok Buenos Aires
Kairo München Tegucigalpa Seoul
Accra Dhaka Harare Wiesbaden Belgrad
Hanoi Jerusalem Kapstadt Prishtina Athen
Prag **Mit Mut,** Brüssel Mexiko City
Dar-es-Salaam **Engagement,** Lübeck
Baku **Kompetenz.** Bukarest
Hamburg Kiew
Yangon Beirut Moskau
Islamabad
New Delhi Istanbul Potsdam Hannover
Johannesburg Sao Paulo Eriwan
Tunis Dakar Amman Sofia Manila
Algier Rabat Halle Tiflis Washington D.C.
Berlin
Gummersbach Jakarta Istanbul Sarajewo

Für Freiheit und Rechte. Auch 2015 an
10 Standorten in Deutschland und in
mehr als 60 Ländern der Welt für Sie da!

freiheit.org

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

3.2015
www.libmag.de
2,90 EURO

SCHWERPUNKT: RUSSLAND

NEMZOW-MORD: K.O. FÜR DIE OPPOSITION?

ZHANNA NEMZOWA: DIE TOCHTER DES ERMORDETEN
RUSSISCHEN POLITIKERS IM INTERVIEW

JAN FLEISCHHAUER:

WIESO NICHTS ÜBER EINE ORDENTLICHE
BELEIDIGUNG GEHT

KARL-HEINZ PAQUÉ:

WARUM TTIP UNVERZICHTBAR IST

WOLFGANG GERHARDT:

WESHALB BILDUNG SOZIALE
SICHERHEIT SCHAFFT



Jetzt kostenfrei
zum Download

liberal ist auch als iPad- oder Androidversion erhältlich und
enthält multimediales Zusatzmaterial:

[Bildergalerien](#) • [Audio\(slides\)](#) • [weiterführende Links](#) • [Videos](#)

www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen

